

KEINEN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN!

NEUES VON NGENYI IN
TSHIBOMBO
MARIKANA



SI-NEWSLETTER

Liebe SI-Mitglieder!
Liebe Leserinnen und Leser!

Vor unserer aller Augen spielt sich eine humanitäre und politische Katastrophe an der türkisch-griechischen Grenze ab: Flüchtlinge sind hier nur noch Menschenmaterial für eine zutiefst menschenunwürdige, tödliche und erpresserische Politik. Die Politik der EU, die auf die „Festung Europa“ baut, ist dabei nicht besser als die von Erdogan, Putin oder Assad. Wurde der Schießbefehl an den europäischen Grenzen noch vor kurzem von faschistoiden Politikern wie Beatrix von Storch von der AfD gefordert, wird das jetzt bereits durch die griechische Regierung in Absprache und Unterstützung durch das EU-Parlament praktiziert, indem mit Tränengas, Rauchbomben und Leuchtstoffmunition geschossen wird.

Es zeigt die ganze Notwendigkeit, sich hier in Deutschland gegen die Rechtsentwicklung der Regierung, gegen die faschistische Gefahr und gegen Krieg breit zusammenzuschließen. SI hat sich nach dem faschistischen Anschlag in Hanau klar als Mitgliedsorganisation des internationalistischen Bündnisses positioniert und die Erklärung des InterBündnisses und der ATIF Frankfurt/Hanau verbreitet.

In den breiten antifaschistischen Protesten und in Bündnissen steht SI als überparteilicher und weltanschaulich offener Verband für internationale Solidarität und Hilfe auf Gegenseitigkeit. Viel können wir hier lernen und vermitteln von der demokratischen Selbstverwaltung in Rojava/Nordsyrien, die das Wenige, das die Menschen dort haben, mit den ankommenden Flüchtlingen aus den syrischen Kriegsgebieten teilen.

Deshalb bitten wir weiter dringend um Spenden für die Initiative „Medizin für Rojava“ auf unser Spendenkonto.

Spenden werden auch benötigt für die Finanzierung von Reisekosten von Teilnehmern aus armen Ländern an der 2. Internationalen Automobilarbeiterkonferenz. Diese fand statt in einer Situation, wo eine neue Weltwirtschaftskrise wirkt in Verbindung mit mehreren Strukturkrisen und der Coronakrise, die für die Weltwirtschaftskrise regelrechte Schrittmacher sind. Umso bedeutsamer, wenn sich Automobilarbeiter über Länder- und Konzerngrenzen hinweg weiter zusammenschließen und zu einem gemeinsamen Forderungs- und Handlungskatalog kommen. SI hat diese Konferenz v. a. mit Übersetzungsarbeit unterstützt, vor Ort, aber auch während der Konferenz von hier aus. Fundierte Übersetzungsarbeit ist elementar für internationale Zusammenarbeit und Völkerverständigung. Auf dem Rebellischen Musikfestival vom 21. bis 23. Mai in Gelsenkirchen wollen wir als SI Werbung für die Spracharbeit machen, neue Sprachbegeisterte und Mitglieder gewinnen.

In diesen bewegten Zeiten hat die 11. Bundesdelegiertenversammlung (BDV) von SI erfolgreich stattgefunden. Ein durch die Schwäbisch Haller Gruppe perfekt organisierter äußerer Rahmen und ein toller, stimmungsvoller Kulturbund mit vielen Beteiligten haben maßgeblich dazu beigetragen. Doch auch die praktizierte Streitkultur auf der Versammlung selbst hat alle – nicht nur die anwesenden internationalen Gäste – tief beeindruckt. Deren Grußworte hoben die gewachsenen Beziehungen zu SI hervor und betonten allesamt die Bedeutung der mit SI entwickelten Projekte für eine Solidarität und Hilfe, die nicht abhängig macht, sondern die Initiative und Organisiertheit der Menschen hier wie dort fördert. Die BDV verabschiedete einstimmig die erweiterten Arbeitsbereiche und konnte bei den Wahlen alle zentrale Gremien stärken und die Bundesvertretung auch verjüngen. Die Diskussion machte aber auch deutlich, dass der vorgelegte überarbeitete Programmentwurf noch weiterer Verbesserung bedarf. Er wird bei der Fortsetzung der BDV am 24.5.20 in Gelsenkirchen nach breiter Diskussion, Antragsstellung und Beschlussfassung verabschiedet werden können.

Bis dahin! Bleibt gesund! Eure Redaktion

Reisebericht aus Indonesien

Die Reise war von Anfang an begleitet durch die Folgen der begonnenen globalen Umweltkatastrophe. Später als gewöhnlich hatte genau am 1. Januar die Regenzeit eingesetzt. Vielerorts war der Verkehr zusammengebrochen, Eisenbahnlinien überschwemmt.



Nur einen Tag, nachdem wir aus Jakarta Richtung Ostjava abreiten, goss es wieder in Strömen. In Bogor, Bandung, Jakarta standen ganze Stadtviertel unter Wasser. Im Fernsehen konnte man auch Kinder sehen, die darin fröhlich badeten. Allerdings nicht ganz ungefährlich, da sich das zum Teil offene und auch in den Stadtzentren nur mit Betonplatten abgedeckte Kanalisationsystem in die Wohngebiete ergießt und auch Stromschläge der maroden Elektrik drohen. Die Regierung und das hinter allem herrschende Militär wissen nur zu gut, warum sie den Umzug der Hauptstadt bis 2023 ins tausende Kilometer entfernte Kalimantan beschlossen haben. Doch auch dort gibt es breite Proteste gegen die Zerstörung der weitgehend noch unberührten Natur für den Umzug von geplanten 800.000 aus dem Umfeld und Bediensteten von Militär, Banken, Konzernen und deren Regierung. Indonesien ist heute Mitglied der führenden G 20 Staaten und an 15. Stelle der imperialistischen Weltmächte.



International agierende indonesische Konzerne und Banken treiben einen gigantischen Raubbau an Natur und Menschen. Jedem sind noch die kaum löschbaren Waldbrände in Sumatra und Kalimantan 2019 in Erinnerung, Sie wurden für die Palmölproduktion bewusst gelegt. Der fürs Weltklima unverzichtbare Regenwald ist zu über 2/3 vernichtet. Streiks der Bergarbeiter in Papua und andern Orten gegen die Ausplünderung durch Freeport und andere Konzerne wurden zum Teil blutig vom Militär unterdrückt. Auch Braunkohle wird massenhaft gefördert und nach China und Australien exportiert. In Indonesien sind 100 neue Kohlekraftwerke im Bau oder geplant. Und das in einem Land, dass sich vor Sonnenenergie kaum retten kann.

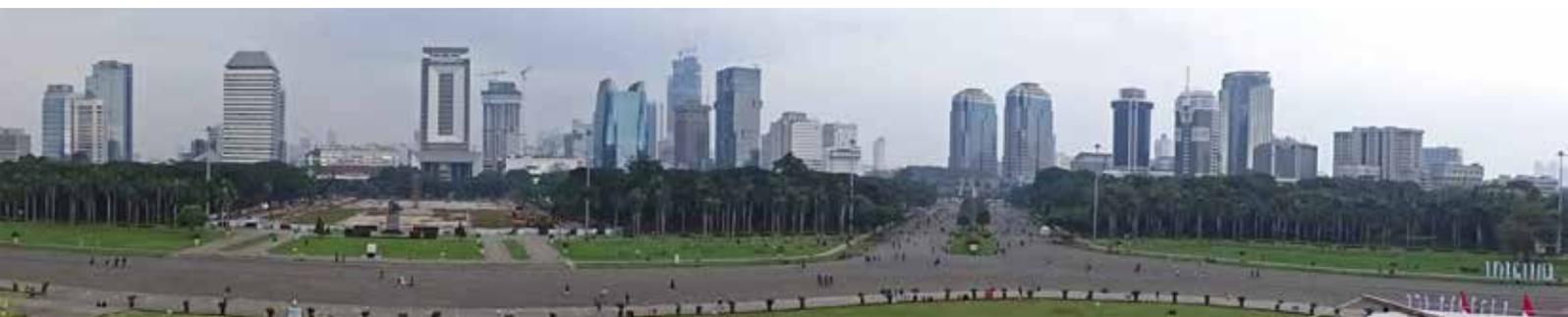


In den Städten bot sich unserer Reisegruppe ein Bild von Wolkenkratzen internationaler Konzernzentralen und Megabanken. Reichtum unmittelbar in Nachbarschaft zu riesigem Elend. 20 Prozent der Men-

schen - das sind rund 55 Mio - haben Geld und können sich ein oder auch zwei Autos in der Familie leisten, die Ärmere ein Moped, oft auf Pump, die Folge sind Verkehrsstaus von morgens 6.00 bis 23.00 Uhr nachts. Ca. 80 Prozent der Menschen sind arm und leben von der Hand in den Mund. Menschen, die oft aus ihren Heimatregionen vertrieben werden durch Verarmung und vielerorts Landraub für die Infrastrukturprojekte der Regierung. Wir haben Menschen haufen sehen in Verschlägen von 2 Quadratmetern.

In Yogyakarta erlebten wir eine Demonstration gegen die neuen „Omnibus“-Gesetze der Jokowi Regierung. Dieses Gesetz dereguliert die Arbeitsbedingungen, soll Mindestlöhne aushebeln um angeblich Investoren anzuziehen und Arbeitsplätze zu sichern.

Die Freunde von SI berichten uns von vielfältigen Demos und auch der Arbeit der „Migrant Workers Union“ (MWU). Allein über 200.000 Hausmädchen arbeiten in Hongkong. Mehr als 1 Millionen in arabischen Ländern, darunter auch viele Männer. Die MWU hat viele von ihnen organisiert und in Hongkong mit Demos den freien Sonntag und einen Mindestlohn durchgesetzt. Zurück in Indonesien bleiben sie organisiert und vernetzt und kämpfen für ihre Rechte, insbesondere auch für die Interessen der Frauen und Versorgung ihrer Kinder. Aber auch gegen die Landvertreibungen und mit Aktionen im Umweltschutz und in der Frauenarbeit. Die Spendenarbeit von SI in Deutschland hat ihnen sehr geholfen diese Arbeit zu stärken.



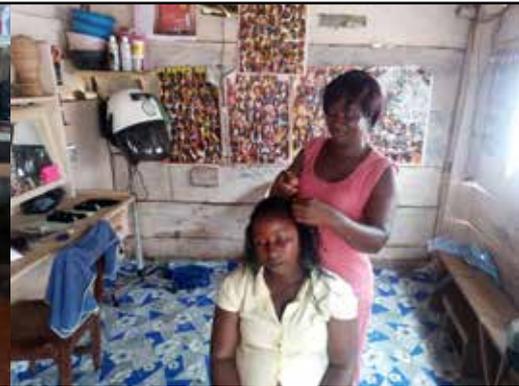
Bericht aus Togo

Auf der Bundesdelegiertenversammlung konnten wir einen Gast aus Togo begrüßen, der uns bei seinem Aufenthalt in Deutschland über das Frauenprojekt Sitsope – Zuflucht- berichtete. Solidarität International konnte das Projekt mit 15 000 Euro Spenden unterstützen.

Am Anfang stand die Idee, junge Mädchen in schwierigen Lebenslagen aufzufangen. Denn Mädchen in Togo werden in mehrfacher Hinsicht ausgebeutet, zuerst einmal in der Familie von den Älteren, dann später von ihrem Ehemann. Ihr ganzes Leben lang sieht man die Spuren dieser sozialen Ungerechtigkeit. Wir leben in einem politischen Regime, das dies alles noch fördert und zementiert, meint unser Gast. Darüber hinaus werden Frauen noch als Arbeiterinnen ausgebeutet. Das ist ein Problem des Systems und alter kolonialer Strukturen und muss gelöst werden. So ist die Frage des politischen Kampfs eine wichtige Seite der Arbeit von Sitsope. Es geht nicht nur darum, praktisch zu helfen, sondern auch das Bewusstsein der Menschen zu verändern und gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen.

Die soziale Seite des Projekt ist, den Mädchen zu helfen einen Beruf zu erlernen, der sie unabhängig macht und hilft, ihre Familien zu ernähren. Ein junges Mädchen in der Näherei hat zwei Kinder von zwei verschiedenen Männern. Sie haben mit ihr geredet und festgestellt, dass die Männer ihre Situation ausgenutzt haben. Mit ihrem erlernten Beruf kann sie jetzt ihre Mädchen in die Schule schicken und das Schulgeld selbst bezahlen. Sie sagt: „Meine Kinder werden nicht den gleichen Weg gehen wie ich. Meine Eltern hatten kein Geld, mich in die Schule zu schicken.“ In Togo können Bauern, die sich das leisten können, bis zu drei Frauen als Mätresse nehmen und lassen sie dann für sich entweder im Haus oder auf dem Feld arbeiten.

Haben die Mädchen ihre Ausbildung abgeschlossen, dann hilft ihnen die Vereinigung eine eigene Werkstatt aufzumachen. Es gibt aber auch



Frauen, die Handel betreiben. Sitsope hilft den Kontakt zu den Bauern zu organisieren, die Frauen gehen dann als Obstverkäuferinnen zum Markt. Andere produzieren Nahrungsmittel aus Maniok oder Mais, die sie dann weiterverkaufen. Andere machen eine Schulausbildung weiter. Oder nehmen an einem Alphabetisierungsprogramm teil. Wichtig ist der Vereinigung, alle gemäß ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten zu unterstützen. Es besteht die Möglichkeit ein staatlich anerkanntes Ausbildungsdiplom zu erhalten.

Mit dem Diplom können die Mädchen auch außerhalb von Sitsope arbeiten. Sie haben zwei Mädchen, jetzt bei einem multinationalen Konzern arbeiten, der für das Militär produziert. Auch dort können sie wichtige Erfahrungen machen.

Das Projekt hat sich ausgeweitet. Inzwischen gibt es 30 Werkstätten an verschiedenen Orten, wo Mädchen zu Näherinnen, Friseurinnen und Schneiderinnen ausgebildet werden. Dort arbeiten jeweils drei bis vier Mädchen.

2020/21 werden noch etwa 50 Schülerinnen dazu kommen.

Die Unterstützung von Solidarität International und vom Frauenverband Courage haben uns dabei geholfen, erfahren wir im Gespräch. Auf der anderen Seite ist es aber auch so, dass Leute von ihrem Verdienst in der Werkstatt, im Restaurant, vom Obstverkauf u.s.w. monatlich, manchmal jährlich, einen Beitrag abgeben und so zur weiteren Aufrechterhaltung und Erweiterung von Sitsope beitragen. Sie haben auch ein Grundstück geschenkt bekommen, was sehr teuer gewesen wäre, hätten sie es selbst bezahlen müssen. Ihr Ziel ist es, darauf ein Haus zu errichten, wo alle Ausbildungsstätten und Produktionsstätten unter einem Dach zusammengefasst sind, einerseits um die Kapazitäten zu erhöhen, andererseits um einer Individualisierung entgegenzuwirken - gemeinsam haben wir mehr Kräfte und Möglichkeiten. Dies ist aber noch Zukunftsvision. Im Moment kämpfen sie um die Einrichtung einer Zentrale und einem Büro, auch im Hinblick darauf, von außen besser erreichbar zu sein.



Sitsope Ausstellung

Initiative »Medizin für Rojava«

Arbeitsgruppe von »Solidarität International e.V.« · www.medizin-für-rojava.org

Spendet für dringend benötigte Medikamente im ICOR-Gesundheitszentrum Kobanê

Liebe Freunde, Unterstützer und Sponsoren von
»Medizin für Rojava«,

seit unserem letzten Rundbrief hat sich die humanitäre Situation in Rojava/Nordsyrien weiter verschärft. Über 300 000 Menschen sind auf der Flucht vor der türkischen Armee und ihren verbündeten islamistischen Terrorgruppen.



Unter den Augen der Weltöffentlichkeit findet eine »ethnische Säuberung« statt. Kurdische Einwohner, aber auch religiöse und ethnische Minderheiten, wie christliche Aramäer und Yesiden, werden vertrieben und islamistisch orientierte Bevölkerungsgruppen angesiedelt. Türkische und russische Militärs patrouillieren zum Teil gemeinsam an der Grenze. Und das diktatorische Assad-Regime versucht, mit dem Krieg die Kontrolle auszudehnen auf die bislang von den gemeinsamen demokratischen kurdisch-arabischen Kräften (SDF) kontrollierten Gebiete. Von der NATO und keinem der imperialistischen Staaten in West und Ost regt sich ernsthafter Protest. Im Gegenteil wird die Türkei noch mit Waffen versorgt. Die Lager mit tausenden gefangenen IS-Terroristen sind in Auflösung, so dass sich der IS-Terror reorganisieren kann.

Das vorher von der Selbstverwaltung gut organisierte Gesundheitswesen ist in vielen Teilen der Region zusammengebrochen, obwohl der kurdische Halbmond Heyva Sor – wo immer möglich – heldenhafte Arbeit leistet.

Trotz dieser wachsenden Barbarei, und gerade deswegen, ist internationale Solidarität und Hilfe verstärkt nötig. Wir erfahren von vielfältigen Aktivitäten zur Rojava-Solidarität und medizinischen Hilfe. **Herzlichen Dank für die Spenden und Unterstützung unserer Arbeit, die uns in**

den letzten Wochen und Monaten erreicht haben! Das ermöglicht es uns weiterhin, die ICOR-Geburtsklinik mit Medikamenten zu versorgen.



Beeindruckende Bilanz der ICOR-Geburtsklinik

Uns wurde vor kurzem von der Klinikleitung eine Bilanz der bisherigen Arbeit übermittelt. Dank der hervorragenden Arbeit der Ärzte und Mitarbeiter der Klinik wurden in der Zeit von September 2016 bis Mai 2019:

- 32.619 Patientinnen behandelt.
- 9.897 Babys wurden entbunden, zusätzlich 3.924 mit Kaiserschnitt, insgesamt also 13.821
- 1.245 Babys wurden im Inkubator versorgt
- 7.157 Laboruntersuchungen wurden durchgeführt
- Die Müttersterblichkeit lag bei Null (!), die Säuglingssterblichkeit bei nur sieben Babys.
- Allerdings hatte der Krieg Auswirkungen: Die Zahl der Fehlgeburten und der Totgeburten schnellte vor allem in den letzten Monaten hoch – eine Folge des Terrors und des Kriegs.
- Die Versorgung der Mütter und Babys der Region wird bis heute kostenlos durchgeführt und wird trotz der Kriegssituation weitergeführt.

Dieses Zentrum – das kurz nach der Befreiung vom faschistischen IS im Jahr 2015 von internationalen Brigaden der ICOR und einheimischen Bauarbeitern errichtet und zuletzt auch ökologisch mit eigener Solar-Stromversorgung ausgerüstet wurde – wird von der Bevölkerung zurecht als ein **Symbol der internationalen Solidarität** betrachtet.



Neugeborene im Säuglingszimmer

Wir waren sehr bewegt über die letzten Fotos aus der Geburtsklinik und über diese aktuelle Meldung von unseren Freunden vor Ort in Kobanê.

Jeder Euro an Spenden wird dringend gebraucht für die medikamentöse Versorgung der Geburtsklinik und anderer Gesundheitseinrichtungen in Kobanê. Die Spenden sind gerade auch nach der türkischen Invasion in großen Teilen Rojavas eine moralische Unterstützung für die freiheitsliebenden Menschen in ihrem Kampf für Frieden und eine bessere Welt.

Bitte spricht Eure Familie, Freunde und Kollegen mit diesem und dem letzten Rundbrief an, damit dieses Zeichen der Hoffnung weiterlebt.

Herzliche Grüße
i.A. Willi Mast



Kleine Neujahrsfeier

So können Sie spenden:

Spendenkonto: Solidarität International e.V.
IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84
(Frankfurter Volksbank)
Stichwort: »Medizin für Rojava«

Oder spenden Sie online auf:
<https://www.betterplace.org/p35750>

Jeder Cent kommt ohne Abstriche dem Spendenzweck zugute. Bei Adressangabe erhalten Spender eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt zugeschickt.

Kontakt: V.i.S.d.P und Kontakt: Dr. Willi Mast
Schulz-Briesen Str. 3, 45884 Gelsenkirchen ·
Tel.: 0209-139848, E-Mail: willi-mast@arcor.de

Dankschreiben und Spendenbestätigung der Kobanê-Gesundheitsverwaltung an „Medizin für Rojava“



Dort heißt es: „An Willi Mast, Freunde und Kollegen der Initiative ‚Medizin für Rojava‘. Wir möchten euch für alle Unterstützung unserer Stadt danken! ... Wir hoffen, dass wir die Zusammenarbeit fortsetzen können in dieser schwierigen Lage für die Stadt Kobanê und die ganze Region.“

Gleichzeitig kommt von der Autonomieverwaltung der Demokratische Föderation Nord- und Ostsyrien ein vorbildliches Zeichen der Humanität und Solidarität:

Nord- und Ostsyrien steht Schutzsuchenden aus Idlib offen, die von russischem und syrischem Militär bombardiert und von türkischem Militär drangsaliert werden. Die Autonomieverwaltung versorgt die vor dem Krieg geflüchteten Menschen. Da die Region aufgrund der türkischen Invasion selbst unterversorgt ist, fordert die Verwaltung Hilfe von der UN.

Über 1500 Familien sind vor dem Krieg in Idlib in das Autonomiegebiet Nord- und Ostsyrien geflohen. Die Autonomieverwaltung hat die Zivilisten aus Idlib trotz eigener eingeschränkter Möglichkeiten in Camps untergebracht und kümmert sich um die grundlegende Versorgung mit Lebensmitteln und im Gesundheitsbereich.

In der Erklärung heißt es:

„ ... Die Autonomieverwaltung von Nord- und Ostsyrien und die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) haben bereits erklärt, ihrer Verantwortung gemäß ihre humanitäre Pflicht gegenüber den Zivilisten aus Idlib zu erfüllen. Auf dieser Grundlage teilen wir den Menschen aus Idlib erneut mit, dass wir sie im Rahmen unserer Möglichkeiten versorgen werden. Wir erklären, dass wir trotz der hohen Anzahl an Migranten in unserer Region unsere Aufgabe erfüllen werden. (...)“

Quelle: ANF vom 2. März 2020



„Frauen setzen in der Praxis um, was sie gelernt haben, stellen Produkte her und verkaufen sie. Außerdem wurden mit Jugendlichen Workshops durchgeführt: Zu Fragen der Krise in unserem Land und wie wir da herauskommen können. Und zur Ermutigung, dass sie lernen und studieren, um sich fit zu machen für späteren Broterwerb. Sehr schön ist, dass dadurch viele Jugendliche motiviert waren, die Schule besuchen und eingeschult wurden. Ein anderer Teil arbeitet auf den Feldern.“

Das sind vielleicht unspektakuläre, kleine Schritte, aber für die Menschen in diesem Land bedeutend im Kampf gegen Resignation und Fatalismus. Und, ganz wichtig: Es sind eigenständige Aktivitäten und Initiativen unserer kongolesischen Partner vor Ort. (also nicht: „wir machen was für sie“...) Hierzu tragen Eure Spenden bei, für die wir uns ganz herzlich bedanken! (siehe das Foto vom schönen Basar-Verkaufsstand für Ngenyi in Stuttgart) Wir können sie direkt und sicher weiter leiten. Bitte sagt das auch Euren Freunden und Bekannten weiter!

„Wir sind sehr dankbar für Eure Bemühungen zur Unterstützung all unserer Projekte und wünschen uns, dass sich unsere Solidarität weiter vertieft“, schreibt Romain.

In diesem Sinne wünschen wir Euch allen schöne Feiertage und viel Kraft und Gesundheit, die wir brauchen, um im nächsten Jahr die richtigen Dinge mit Schwung anzupacken!

**Eure Renate Mast und
Elsbeth Sureau vom Vorstand**
Dezember 2019

Spendenkonto:
VFI Kongo e.V.
IBAN: DE25 4205 0001 0130 0642 89,
BIC: WELADED1GEK

Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Bei Angabe der Adresse stellen wir gern eine Spendenquittung für das Finanzamt aus.

Liebe Spender und Freunde des Volksbildungszentrums Ngenyi!

Schon wieder ist ein Jahr herum! Was gibt es Neues von Ngenyi in Tshibombo im Herzen Afrikas? Romain, unser Ansprechpartner vor Ort, schreibt, dass sich die Situation dramatisch zuspitzt: „Dieses Jahr gab es in der Provinz schlechte Ernten - zu viele Klimastörungen! Die zweite Regenzeit blieb aus. Man fürchtet deshalb, dass Mbuji-Mayi (die größte Stadt in der Region) hungern muss. Der Preis für den Messbecher Mais stieg seit Oktober von 1€ auf 4€. Die Lage verschlimmert sich zusehends. Aber wir tun alles, um durchzuhalten.“ Dieser Lebensmut ist beeindruckend und vorbildlich.

Am Ngenyi-Zentrum konnten die Bauarbeiten wegen der widrigen politischen, sanitären, klimatischen und verkehrstechnischen Bedingungen nicht weiter geführt werden. Die Solaranlage funktioniert nur noch tagsüber, da die Batterien nach 5 Jahren „verbraucht“ sind (im wahrsten Sinne des Wortes). Spenden für neue Batterien sind herzlich willkommen! Gut ist, dass die Straße von Mbuji-Mayi nach Tshibombo endlich repariert wird, so dass eine Zufahrt mit dem Auto nach langer Zeit wieder möglich ist. Und damit auch weitere Bauarbeiten in Angriff genommen werden können. Derweil wird das Gebäck des Vielzweck-Saals laufend aufmerksam kontrolliert und gut

geschützt, um Termitenbefall vorzubeugen.

Der Lebensmut unserer kongolesischen Freunde zeigt sich auch darin, dass sie trotz widriger Umstände verschiedenste Aktivitäten im Zentrum durchgeführt haben.

So steht Fußballtraining immer auf dem Programm. Ein Highlight für die Kinder und Jugendlichen war eine großzügige Spende aus Deutschland: Nagelneue Trikots, Fußballer und anderes Equipment, das über mehrere Stationen sicher in den Busch gebracht wurde.

Jetzt bespielt sich der Platz umso besser...

Es fanden Ausbildungstreffen mit Frauen statt, wie sie Seife herstellen und die Verwaltung von Vorräten und Rücklagen in die eigene Hand nehmen können. Romain berichtet:





Unwetter in Mantarotal

Jesus von Canto Vivo überbrachte uns Ende des letzten Jahres leider schlechte Nachrichten was die Wetterlage in Peru betraf. Die Regenzeit in Peru hat früher und sehr viel heftiger eingesetzt. Die starken Unwetter dauerten ungewöhnlich lange an.

Besonders heftig wüteten sie im Mantarotal, wo sich Huancayo, Jauja und auch Pichjapuquio befindet. Mehrere Menschen sind durch Blitzschläge ums Leben gekommen, Ernten wurden zerstört, Keller sind vollgelaufen und viele Straßen sind durch Erdbeben unpassierbar.

Die Unwetter haben inzwischen nachgelassen, aber die Menschen dort sind natürlich erst mal damit beschäftigt, ihr Leben wieder auf die Reihe zu bekommen, nach ihren Ernten zu sehen, ihre Häuser in Ordnung zu bringen und die Straßen wieder instand zu setzen.

Deshalb war es für Canto Vivo unmöglich, in den letzten Monaten dorthin zu reisen und mit den Schülern Bäume zu pflanzen. Mehrmals haben sie Termine für die Pflanzungen anberaumt und mussten sie verschieben, da es viel zu gefährlich war oder es unmöglich war, überhaupt in das Gebiet zu reisen.

Wir wissen ebenso wie Jesus, dass viele von euch schon lange auf ihre versprochenen Bilder warten. Jesus macht sich große Sorgen, dass sie die Bilder noch nicht schicken konnten.

Aus diesen Gründen möchten wir euch bitten, noch etwas Geduld wegen der Fotos zu haben.

Am 26.02.2020 erreichte uns diese Mail von Jesus:

„Liebe Waltraut:

Bitte nehmen Sie unsere herzlichsten Grüße entgegen.

Ich möchte Sie darüber informieren, dass das Wetter in Peru immer noch sehr schlecht ist.

Es ist wahr, dass die Stürme im zentralen Teil abgeklungen sind, aber sie verursachen im Norden und Süden viele Katastrophen. Es gibt Überschwemmungen, die den Tod verursachen, insbesondere der ärmsten Menschen, die ihre Häuser in der Nähe der Flüsse oder in Gebieten gebaut haben, in denen bei starkem Regen zuvor kein Wasser geflossen ist.

Ich bin immer noch in Lima und warte auf die Wiederaufnahme des Unterrichts, damit ich im Fall von Pichjapuquio mit Schulkindern pflanzen kann.

Ich hoffe, dass unsere deutschen Freunde, denen wir das Pflanzen ihrer Bäume verdanken, uns verstehen.....

*Eine große Umarmung.
Jesus"*

Deutsch-Südafrikanische Freundschaftsgesellschaft

Marikana

Liebe Nobantu und alle Genossen und Freunde in Smiling Valley

Wie wir von Euch gehört haben, wird der Prozess gegen acht Mitglieder Eures Stadteilkomitees am 11. Februar 2020 stattfinden.

Wie ihr uns im Dezember in East London berichtet habt, dauert Euer Kampf für bessere Lebensbedingungen in Smiling Valley schon seit über 10 Jahren an. Ihr fordert zu Recht Wasser und Elektrizität für jedes Haus, bessere Hygiene, eine bessere Gesundheitsversorgung und Schulen in eurem Township.

Trotz mehrerer Gespräche mit der Stadtverwaltung und eines Memorandums änderte sich nichts. Wir kennen das auch in Deutschland und wissen, dass man für alles kämpfen muss. Ihr habt diesen Kampf aufgenommen, und habt unsere volle Unterstützung und Solidarität.

Während einer Autobahnblockade mit brennenden Reifen wurden acht von Euch verhaftet. Wir verurteilen aufs Schärfste, dass hier die Opfer zu Tätern gemacht werden sollen und fordern die Stadtverwaltung auf, Eure Forderungen endlich zu erfüllen.

Wir wünschen Euch viel Glück und Erfolg für den Prozess am 11. Februar und sind in Gedanken und in unsern Herzen bei euch.

In wenigen Tagen findet in Vereeniging die 2. Internationale Automobilarbeiter-Konferenz statt.

Dort werden Automobilarbeiter aus über 20 Ländern zusammenkommen, um ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu diskutieren und die Kämpfe über die nationalen Grenzen hinweg zu koordinieren. Dort wird auch ein Forum unter dem Titel „Arbeiter- und Frauenbewegung gemeinsam - unschlagbar“ stattfinden. Das gilt auch für Euren mutigen Kampf.

**Mit solidarischen Grüßen
Der Vorstand der Deutsch-Südafrikanischen Freundschaftsgesellschaft Marikana in Deutschland**

Marikana

Bei einem Aufenthalt als Brigadistin für die 2. Internationale Automobilarbeiterkonferenz (IAC) in Südafrika hatte Irene vom Marikana-Vorstand die Gelegenheit, ein Interview mit Frauen eines kämpferischen Stadtteilkomitees in Smiling Valley zu machen. Smiling Valley ist eine wilde Siedlung am Rande des Townships Mdantane bei East London.

Der Marikana-Vorstand in Deutschland hat beschlossen, den Kampf des Stadtteilkomitees für bessere Lebensbedingungen mit Informationen, Geld- und Sachspenden zu unterstützen. Das wird unser nächster Schwerpunkt, nach der Unterstützung der IAC in Südafrika.

Als Sachspenden werden in Südafrika z.B. Brillen und Brillengestelle benötigt, ausgemusterte Handys (mit intaktem Akku und Ladekabel) oder Powerbanks, auch um langanhaltende Stromausfälle zu überbrücken. Gloria, Nobantu und Flacki berichten über ihr Leben und den mutigen und ausdauernden Kampf in Smiling Valley.

Leben und Kampf im Township Smiling Valley

Interview von Irene-Marikana-Vorstand mit 3 Frauen, die in Smiling Valley leben

Irene: Ihr lebt alle im Township Smiling Valley. Bitte berichtet uns von eurem Leben und eurem Kampf

Nobantu: Das Township Smiling Valley gibt es seit 1994. Dort wohnen etwa 1000 Menschen, die sich das Land genommen und ihre Shacks (einfache Hütten aus Wellblech) darauf gebaut haben. Zuerst hatten wir überhaupt kein Wasser, keinen Strom und keine Toiletten.

Gloria: Seit 2016 haben wir aufgrund eines Kampfes mit der Stadtverwaltung Wasser bekommen. Aber nicht für

jedes Haus. Wir müssen uns das Wasser mit Eimern von einer etwa zwei km entfernten Wasserstelle holen. Ihr könnt euch denken, wie mühselig das ist.

Flacki: Aber das sind nicht unsere einzigen Probleme. Es gibt keine Schule und kein Krankenhaus. Die Kinder haben einen langen Weg zur Schule durch den Busch. Das ist sehr gefährlich, weil es dort Schlangen gibt.

Gloria: Nicht nur Schlangen. Dort verstecken sich Kriminelle und es werden immer wieder junge Mädchen und Frauen vergewaltigt, manchmal auch getötet.

Nobantu: Es wird auch viel gestohlen, zum Beispiel das Vieh, das sich die Leute auf ihrem Grundstück halten und wovon sie auch leben. Diese Kriminellen sind Tag und Nacht unterwegs.

Flacki: Wir können noch nicht mal die Polizei rufen, weil unsere Handys wegen fehlender Elektrizität oft nicht aufgeladen sind. Auch unsere Nahrung verdirbt sehr schnell, weil wir keinen Kühlschrank haben.

Gloria: Ein weiteres Problem ist das der Hygiene. Die einfachen Toiletten, ohne Wasser ziehen natürlich Mücken und anderes Viehzeug an. Dadurch werden Krankheiten übertragen. Vor allem die Kinder leiden darunter. Viele Kinder haben auch Krätze.

Nobantu: Dann gibt es hier auch noch eine Großfleischerei. Sie lassen das ganze Blut vom Schlachten in den Nahoon River ein, der mit drei Dämmen gestaut wird und Seen bei uns in der Nähe bildet. Überall stinkt es dann und das ist ebenfalls eine Quelle für Krankheiten.

Irene: Wie habt ihr bisher dagegen gekämpft?

Gloria: Wir organisieren die Menschen in der Gemeinde. Den ersten großen Kampf hatten wir im



August 2012. Wir gingen morgens um 3.00 Uhr zum Highway und zündeten Reifen an. So müssen die Leute von der Stadtverwaltung einen großen Umweg zu ihrer Arbeitsstelle machen.

Nobantu: Acht Menschen wurden dabei verhaftet, darunter auch ich. Sie mussten uns aber aufgrund des Protestes nach einem Tag wieder freilassen. (Sie lacht dabei).

Gloria: Jetzt haben wir einen weiteren Kampf begonnen. Wir zogen in einem friedlichen Marsch zur Stadtverwaltung und übergaben ein Memorandum. Eine Angestellte nahm es entgegen und versprach, dass wir in zwei Wochen eine Antwort bekämen. Bisher gab es keine Antwort. Wir sind dreimal hingegangen und haben nie jemand von den Verantwortlichen angetroffen.

Nobantu: Für nächste Woche planen wir ein Meeting mit der Gemeinde. Von der Stadtverwaltung laden wir niemanden mehr ein, weil sie sowieso nicht kommen.

Gloria: Das Ziel des Meetings ist, zu klären, wie wir unseren Forderungen im nächsten Jahr Nachdruck verleihen können. Das wird dann demokratisch abgestimmt. Der Vorstand unseres Komitees, in dem auch Nobantu und ich mitarbeiten, hat entschieden, auch

Bewegende Tage in Vereeniging/Südafrika: Arbeiter der Autoindustrie und Zulieferer beschließen ein internationales Kampfprogramm

andere Organisationen außer der CPSA(ML) (Communist Party South Africa - Marxisten-Leninisten), die im Komitee bereits vertreten ist, zur Unterstützung einzuladen. z.B. die EFF (economic freedom fighters), den PAC (panafricancongress) und auch den ANC, weil man mit den Mitgliedern zusammenarbeiten muss. Auch die Frauenorganisation Abanqobi-women together und die southafrican-german friendship society Marikana unterstützen das

Irene: Könnt ihr uns etwas über eure Vorstandsarbeit berichten?

Nobantu: Der Vorstand organisiert die Kämpfe. Wir machen den Menschen klar, dass sie für ihre Rechte kämpfen müssen. Die Menschen müssen aufwachen!

Gloria: Wir sprechen auch darüber, dass man im Kapitalismus immer kämpfen muss und dass der Kampf geführt werden muss gegen die gesamte Ausbeutung und Unterdrückung bis wir den Sozialismus erreicht haben, wo es keine Ausbeutung und Unterdrückung der Massen mehr gibt.

Irene: Wie könntet ihr euch eine Zusammenarbeit und Unterstützung mit der deutsch-südafrikanischen Freundschaftsgesellschaft Marikana vorstellen?

Gloria: Das wichtigste ist, dass ihr die Zustände in Smiling Valley in Deutschland bekannt macht. Den Leuten sagt, wie es uns geht. Schön wäre es, wenn wir ein gemeinsames Hilfsprojekt hätten. Damit die Menschen hier sehen, dass sie in ihrem Kampf nicht alleine stehen. Die internationale Solidarität ist so wichtig für uns.

Wir haben in Smiling Valley schon etwa 50 Mitglieder für die südafrikanisch-deutsche Freundschaftsgesellschaft Marikana gewonnen, weil die Menschen den Gedanken der internationalen Solidarität verstehen.

Nobantu: Vielleicht könnt ihr auch Spenden und Medikamente sammeln. Wir können z.B. auch ein kleines Haus brauchen mit einem Stromgenerator, wo man Medikamente kühlen kann. Dort könnte man die Menschen auch beraten.

Das war gelebte internationale Solidarität. 51 Delegierte aus 23 Ländern – Arbeiter, Gewerkschafter, Aktivisten aus der Automobilbranche und Zulieferunternehmen und weitere etwa 200 Unterstützer haben sich vier Tage lang über ihre Erfahrungen und Gemeinsamkeiten beraten.

Ob Lohnabbau, unsichere Arbeitsverhältnisse, Willkür und Repression von Unternehmern und Behörden oder korrupte Gewerkschaftsfunktionäre – in vielen Fragen gab es übereinstimmende Erfahrungen. Aber auch der Wunsch der Arbeiter, sich nicht alles gefallen zu lassen, ihre Gewerkschaften aufzubauen und zu stärken und zur Gegenwehr überzugehen, wurde in den Länderberichten angesprochen. Das war die Basis für eine Diskussion auf Augenhöhe, die mit der Verabschiedung eines Kampfprogramms am 3. Tag ihren Höhepunkt fand: „Die 2. Internationale Automobilarbeiterkonferenz hat als erstes Ziel die Herstellung einer wirklichen Koordination der Kämpfe der Automobilarbeiter,“ war im Entwurf formuliert worden. Dazu wurde eine gestärkte Internationale Koordinierungsgruppe gewählt.

Diese Erfolge wurden auch ermöglicht durch die intensive Unterstützung durch „Solidarität International, SI“. Wir unterstützen kämpferische Zusammenschlüsse zum Beispiel mit Übersetzern vor Ort oder zuhause. Aber auch mit Interviews und Öffentlichkeitsarbeit. Ich hatte zusammen mit einem holländischen Delegierten Gelegenheit ein Interview mit einer indonesischen Aktivistin zu führen, das auf der homepage der Internationalen Automobilarbeiterkonferenz (IAC) in englisch, deutsch und holländisch veröffentlicht wurde. Ihr Bericht gab einen umfassenden



den Einblick in die Auseinandersetzungen in diesem aufstrebenden neuimperialistischen Land Südostasiens und den Kampfwillen der Arbeiterklasse.

Mich hat die Situation im Gastland selbst interessiert. Deshalb bin ich in das Forum „Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Machismo, Migration“ gegangen, das von den Südafrikanern abgehalten wurde. Sie berichteten von der Enttäuschung der Menschen vom Ergebnis ihres Kampfes gegen die Apartheid, der die sozialen Ungerechtigkeiten nicht beseitigt hat. Viele Merkmale bestehen noch heute. Sie werden inzwischen ergänzt durch einen „Schwarzen Rassismus“ in Behörden und Verwaltungen unter der schwarzen Regierung. Zunehmend wird verarbeitet, dass es eben der Kapitalismus ist, der die sozialen Unterschiede erzeugt und die Masse der Bevölkerung in Armut leben lässt.

In der Automobilarbeiterkonferenz jedenfalls hat es keinen Platz für Rassismus gegeben. An der lebendigen Demonstration am Freitagabend durch Vereeniging mit Kurzreden, Liedern, Tanz usw. fanden es anscheinend die Zuschauer in den Häusern, Ladenbesitzer und Passanten besonders erstaunlich, dass Schwarze und Weiße gemeinsam demonstrierten.

Das waren bewegende Tage in Südafrika.

Armin Kolb

Schlusserklärung der 11. Bundesdelegiertenversammlung von Solidarität International e.V. in Schwäbisch Hall vom 25. – 26. Januar 2020



Hier zwei kleine Bilder von der Sindelfinger Spenden-Galadiner im November für die im Februar 2020 in Südafrika stattfindende internationale Automobilarbeiterkonferenz; wir waren zu zweit aus Stuttgart mit einem kleinen SI-Stand dort, es gab unter anderen auch einen wunderschönen Marikana-Stand von Anke.

Im Zentrum des bunten Programms stand natürlich das Essen mit köstlichen Gerichten aus etlichen Ländern. Musik kam auch nicht zu kurz, wie auf dem Bild ersichtlich. An SI ging schon jetzt ein Dankeschön für die Organisation der Spracharbeit auf der Konferenz und in ihrem Vorfeld. Beeindruckend war zu erfahren, wie vielfältige Gedanken sich die Automobilarbeiter über ihre Zukunft und die des Verkehrswesens machen. Wir sind gespannt zu erfahren, was die internationale Automobilarbeiterkonferenz dazu erarbeiten wird. Wir von SI konnten am Ende 80 € übergeben; insgesamt wurde die als Spendenziel gesetzte 5000-€-Marke gesprengt.



In Aufbruchstimmung endete die 11. BDV von SI mit 50 Delegierten, internationalen Gästen von den Philippinen, aus Togo, Kamerun und Palästina sowie Gästen aus ganz Deutschland am 26. Januar 2020 in Schwäbisch Hall. In solidarischer Atmosphäre wurden auch strittige Themen nach vorne gelöst und die Delegierten gingen mit der Motivation nach Hause, SI und seine Projekte weiter aufzubauen. Ein Dank ging an die Bundesvertretung für die geleistete ehrenamtliche Arbeit.

Zum Erfolg der BDV beigetragen haben die hervorragende Umsorgung und Verköstigung durch die Ortsgruppe Schwäbisch Hall, die technische Begleitung, das Angebot an Bücher- und Informationstischen mit Kunsthandwerk, eine kulturvolle Rahmgestaltung während beider Tage mit dem Höhepunkt des Internationalen Kulturabends und Beiträgen von Liedermachern, Chören aus Stuttgart und Schwäbisch Hall bis hin zum Schalmeien-Orchester. Einen Dank gab es auch für die erschwingliche Überlassung der schön am Kocher gelegenen Räumlichkeiten

im Brennhaus des Gesamtverbands der evangelischen Kirchengemeinden in Schwäbisch Hall.

Begeistert wurde zu Beginn der „Freundeskreis Alassa and friends“ als neue Mitgliedsorganisation in SI mit seinen Vertretern begrüßt. Mit den Grußadressen aller SI-Projektpartner aus den Philippinen, Bangladesch, Peru, Togo, dem Kongo, der Elfenbeinküste, Südafrika, Palästina, für das Gesundheitszentrum in Rojava, von der Internationalen Koordination der Bergarbeiter, von der Vorbereitungsgruppe der 2. Internationalen Automobilarbeiterkonferenz in Südafrika sowie der 3. Weltfrauenkonferenz in Tunesien und weiteren Grußadressen vom Landesverband der MLPD, dem Jugendverband REBELL, Frauenverband Courage und der Mediengruppe Neuer Weg mit people to people wurde die Versammlung eröffnet. Die Grußadressen und Berichte brachten die Erfolge und Möglichkeiten der praktischen Zusammenarbeit und die wachsende Bedeutung der Solidaritäts- und Hilfsorganisation von humanitär bis revolutionär zum Ausdruck.

Einstimmig wurde der Rechenschaftsbericht der Bundesvertretung nach einer lebendigen kritisch-selbstkritischen Diskussion angenommen. Die Erfahrungen aus den Orts- und Regionalgruppen konnten den Bericht bereichern. Anschaulich wurde die Festigung von SI und der Austausch an Ideen über Regionaltreffen wie das gewachsene Regionaltreffen Süd dargestellt mit der Forderung, diese auch in anderen Regionen Deutschlands zu etablieren. Weitere Aufträge an die Bundesvertretung waren die Weiterentwicklung von Prinzipien für die Spracharbeit unter anderem zur finanziellen Stärkung von SI und die Entwicklung einer ansprechenden Homepage. Verurteilt wurden Hetze und Kriminalisierung der Solidaritätsarbeit mit dem gerechten Kampf um Befreiung des kurdischen und palästinensischen Volkes bis hin zu tätlichen Angriffen auf SI-Vertreter bei Demonstrationen mit der Keule des angeblichen Antisemitismus als Ausdruck des Antikommunismus und der Unterordnung unter die Rechtsentwicklung der Regierungen. SI wird sich verstärkt in den Gegenwind und das Aufkommen einer ernstzunehmenden faschistischen Tendenz weltweit und im eigenen Land stellen.

Ein durch die große Initiative von Mitgliedschaft und Antragskommission bereits verbesserter Programm-Entwurf wurde durch die BDV ausführlich diskutiert. Die Versammlung kam zum Ergebnis, dass diese Diskussion noch nicht zu Ende geführt werden kann. So wurde beschlossen, dass die BDV zur Verabschiedung des neuen SI-Programms unterbrochen und am 24.

Mai zu diesem Punkt fortgesetzt und abgeschlossen wird. Auf der Grundlage des verbesserten Programm-entwurfs wird die Mitgliedschaft aufgerufen, bei Ortsgruppen- und Regionaltreffen mit Anträgen die Grundlage für das neue SI-Programm auf eine höhere Stufe zu stellen.

Die Arbeitsbereiche von SI wurden durch Anträge klarer herausgearbeitet. Insbesondere die Solidarität mit der demokratischen Flüchtlingsbewegung hat darin einen besonderen Platz bekommen. Transparent und korrekt wurde die Finanzierung der verschiedenen Projekte durch ein vergrößertes Finanzteam modernisiert und jederzeit einsehbar gemacht und die 100-prozentige Abführung aller Spenden für die jeweiligen Projekte gewährleistet. Auch hier konnte die Bundesvertretung entlastet werden.

Ein Höhepunkt war die Wahl einer deutlich vergrößerten und verjüngten Bundesvertretung und die Wahl der Kassenprüfer. Deutlich wurde, dass die Aufgabenstellung des Beirats von SI weiter zu entwickeln ist. Auf dieser Grundlage konnte auch der Beirat wieder neu besetzt werden.

Die Bundesdelegiertenversammlung endete mit der Verabschiedung einer Solidaritätsadresse mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), dem Frauenverband Courage und ATTAC gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit, wobei ein erster Erfolg von Courage gerichtlich erkämpft werden konnte – und mit der Verabschiedung dieser Schlusresolution.

Eindrücke von der Bundesdelegiertenversammlung

Ein Wochenende voller Eindrücke... Meine erste BDV Versammlung war sehr schön und auch bewegend. Es war toll, so viele engagierte Menschen zu treffen, die auf unterschiedliche Art und Weise die Arbeit von SI unterstützen. Besonders schön fand ich die vielen Grußworte der Projektpartner von überall auf der Welt...

Die Arbeit am Programm war spannend und intensiv. Da war der abwechslungsreiche Kulturabend ein wunderbarer Ausgleich mit leckerem Essen und tollen Künstlern aus den unterschiedlichsten Kulturen.

Corina Richert, Schwäbisch Hall

Auszug aus dem Brief von Wolf Dieter Glück

...es ist mir wichtig Euch für diese Versammlung zu danken. So schön war die Umgebung, der Verlauf und die Verpflegung. Ich hoffe, Ihr hattet nicht mehr zu viel Aufwand mit Aufräumen und Ordnung schaffen. Nun hoffe ich auf eine gute Lösung der Fragen zu Programm und Arbeitsbereichen – wir sehen uns ja dann im Mai.

Bis dahin – herzliche, solidarische Grüße Wolf



Tagen, debattieren und feiern

Engagement Im Haller Brenzhaus treffen sich Delegierte von Solidarität Internationals aus ganz Deutschland.

Schwäbisch Hall. Ein langer Tag mit vielen Gesprächen, Debatten und Berichten liegt hinter den Teilnehmern. Aus ganz Deutschland sind rund 50 Engagierte des Vereins Solidarität International (SI) zur zweitägigen Bundesdelegiertenversammlung, die alle drei Jahre stattfindet, im Haller Brenzhaus zusammengekommen. Zahlreiche Tische mit Infomaterial zu Hilfsprojekten sind aufgebaut. Tagsüber steht unter anderem ein neuer Programmentwurf auf der Agenda, erklärt Renate Radmacher aus Aalen. Sie ist mit Jutta Seynche aus Tübingen Vorstandssprecherin. „Unser Verein ist jetzt 24 Jahre alt. Angesichts aktueller Entwicklungen in der Welt ist es wichtig, das Programm zu überarbeiten“, erklärt Radmacher.

Sie nennt als Beispiel vermehrt „rechtsgerichtete und faschistische Regierungen“ und kritisiert den Profit, der über den Menschen und der Umwelt stehe.

Internationale Gäste von den Philippinen, aus Togo und Palästina geben während der Tagung Einblicke in Projekte vor Ort. „Dabei ist uns der respektvolle Umgang auf Augenhöhe besonders wichtig“, betont Jutta Seynche und ergänzt: „Sie lernen nicht nur von uns, sondern wir auch von ihnen.“ Besonders freut die SI-Delegierten, dass der vom Verein unterstützte Flüchtling Alasza Mfouapon aus Kamerun in seinem Kampf ums Bleiberecht erfolgreich war: Das Regierungspräsidium Karlsruhe stimmte seinem Antrag auf Arbeitserlaubnis zu. In Hall berichtet er von seinen Erfahrungen.



Beim vielfältigen Kulturprogramm am Samstagabend tritt unter anderem der Stuttgarter Chor Avanti communa canti aus Stuttgart auf. Foto: blo

Aus den Haller Tagblatt

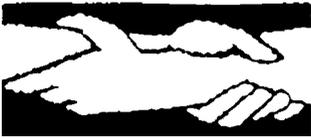
Am Samstagabend wird gemeinsam gegessen, gefeiert und gesungen. Das Kulturprogramm mit vielen musikalischen Beiträgen gibt zugleich einen bunten Einblick in die Aktivitäten. Mit von der Partie sind unter anderem die Haller Schalmeyenkapelle und der internationale Chor. Am Sonntag werden die Mitglieder der zentralen SI-Gremien gewählt. Bettina Lober

Leserbrief eines SI Mitgliedes anlässlich des Holocaust-Gedenkens im Haller Tagblatt am 06.02.2020

Die Erinnerung an die Verbrechen der Nazi-Zeit ist äußerst wichtig, nicht um sich in ewigen Schuldgefühlen zu ergehen, sondern um die richtigen Lehren für die Gegenwart daraus zu ziehen: entschiedener Kampf gegen jede Form von Rassismus und Nationalismus und für die universelle Achtung der Menschenwürde bei uns und auf der ganzen Welt! Was mich allerdings erbost an den Reden und Aktionen während dieser Gedenktage ist die kritiklose Solidarisierung mit dem Staat Israel und seinen Vertretern, denn sie steht in eklatantem Widerspruch zum wortreich verkündeten Einsatz gegen Rassismus. Auch wenn es bei uns nicht gerne gehört und sogar als Ausdruck von Antisemitismus verunglimpft wird, muss doch mit aller Deutlichkeit gesagt werden, dass die israelische Staatsräson der Durchsetzung einer rassistisch-nationalistischen Ideologie dient. Hierzu in Kürze einige Beispiele: In einem 2018 verabschiedeten Gesetz definiert sich „Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes“. Hebräisch wird zur alleinigen Nationalsprache erklärt, während Arabisch, das in Israel bisher ebenfalls offizielle Sprache war, diesen Status verliert. 2019 bekräftigte Netanjahu noch einmal ausdrücklich, Israel sei nicht der Staat aller seiner Bürger, sondern nur jener der Juden. (20% der Israelis sind moslemische oder christliche Palästinenser). Der jüdische Dirigent Daniel Barenboim schreibt zu diesem Gesetz, „dass die arabische Bevölkerung von Rechts wegen zu Bürgern 2. Klasse macht und eindeutig eine Form von Apartheid darstellt“: „Ich glaube nicht, dass das jüdische Volk zwanzig Jahrhun-

derte lang überlebt hat – zumeist verfolgt und endlose Grausamkeiten ertragend –, nur um heute zu den Unterdrückern zu werden, die anderen Grausamkeiten zufügen. Genau das aber tut dieses neue Gesetz. Deshalb schäme ich mich heute dafür, Israeli zu sein“. Doch dieses Gesetz ist nach Auffassung des israelischen Historikers Shlomo Sand nur die Konsequenz einer unheilvollen israelischen Identitätspolitik, „hinter der sich noch immer wie ein langer schwarzer Schatten die nicht totzukriegende Idee von den Rassen verbirgt“. Das „Abwesenheitsgesetz“ von 1950 erlaubte es Israel, den Besitz der 730000 geflüchteten oder vertriebenen Palästinenser zu beschlagnahmen und Juden zuzusprechen. Hält sich ein arabischer Bürger mehr als ein Jahr außerhalb Israels auf, wird ihm der Pass entzogen und er verliert seine Staatsangehörigkeit! Das „Rückkehrgesetz“ von 1950 erklärt jeden Juden auf der Welt unabhängig von seiner tatsächlichen Staatsangehörigkeit zum israelischen Bürger und erlaubt ihm – ab 1970 auch seinen Kindern, Enkeln und deren Ehepartner – nach Israel „zurückzukehren“, selbst wenn seine „Vorfahren“ angeblich vor 2000 Jahren das Land verlassen haben. Den 1948 vertriebenen Palästinensern wird dagegen die Rückkehr verweigert. Mit einem solchen Staat darf sich Deutschland nicht solidarisieren. Wir dürfen nicht wieder wegzuschauen, wenn Unrecht an Menschen verübt wird, ganz gleich, welche ethnische oder religiöse Zugehörigkeit diese auch besitzen mögen.

Udo Pfitzer, Schwäbisch Hall



Solidarität gegen geplante Honda Schließung in St. Rosa in Laguna (Philippinen)



Teilnehmer/innen der Deutsch-Philippinischen Freunde beim 2. Internationalen Automobilarbeiterkongress wurden von einem philippinischen Delegierten darüber informiert, dass Honda sein Werk in St. Rosa in Laguna (Philippinen) schließen will.

Internetrecherchen haben ergeben, dass das Management am 22. Februar 2020 die Beschäftigten zu einer Versammlung in der Kantine zusammengerufen hat, um dann den dort 310 versammelten Kollegen/innen (Gesamtbeschäftigte: 387) mitzuteilen, dass das Werk in St. Rosa zum 25. März 2020 geschlossen werden soll. Betroffen von den Auswirkungen der Schließung sind auch die Beschäftigten in über 60 Teile- und Materialzulieferern. Die Arbeiter/innen bei Honda sind in der KMU organisiert, die für ihre kämpferische Gewerkschaftsarbeit bekannt ist. Und davor fürchtet sich auch das Management. „Wir erwarten, dass ihre Gewerkschaftsorganisation die Situation politisieren wird. Sie werden das nutzen, um grundlose Behauptungen in den Sozialmedien zu propagieren. Aber Honda sei nicht interessiert an Politik. Der Autokonzern habe nur eine einfache wirtschaftliche Entscheidung getroffen, die notwendig gewesen sei, um nicht nur um in den Philippinen, sondern auch in der südostasiatischen Region weiter präsent zu sein“, so Vertreter des Managements. Der Sprecher des Honda Werkes führt an eine „weltweite Verlangsamung der Wirtschaftsentwicklung“ und die „Veränderung in der Automobiltechnologie“. Eine vornehme Umschreibung der im 2. Quartal 2018 eingeleiteten Weltwirt-

schaftskrise und der Wirkung von drei Strukturkrisen. Herr Soriano spielt hier vor allem auf die Strukturkrise wegen der Umstellung auf die Elektromobilität an. Des Weiteren wurde eine Schmierenkampagne in den Sozialmedien losgetreten: „Wenn die Gewerkschaft durch die KMU repräsentiert werde, ist es besser, den Betrieb zu schließen“. Oder in bekannter „Red Baiting“-Manier: „Die KMU ist eine sehr bekannte kämpferische Gruppe unter dem Dach der CPP, NPA und NDFP. Sie will nichts anderes als die Schließung von Fabriken...“ Verbunden mit dieser antikommunistischen Hetze setzt das Management auf weitere Spaltungsmaßnahmen. So hat sie den Beschäftigten am 22. Februar auch ein sog. Paket aufgetischt, mit dem sie die Schließung kampfflos über die Bühne zu bekommen hofft. Für jedes Beschäftigungsjahr sollen die Arbeiter/innen die Hälfte ihres Monatslohnes erhalten. Auch der letzte Monat bis zur Schließung soll bezahlt werden, selbst wenn sie vorher aufhören sollten zu arbeiten.

In einer ersten Protestaktion blieben viele Arbeiter/innen einfach in der Werkskantine sitzen. Jetzt müssen die verschiedenen Manöver des Managements von den Beschäftigten gut verarbeitet werden.

Die Deutsch-Philippinischen Freunde e.V. erklären sich hiermit solidarisch mit den von der Schließung betroffenen 387 Arbeiter/innen!

Quelle: V. Vernon B. Sarne, Gründer und Herausgeber von VISOR, VISOR vom 22. Und 23.02.2020



Infos und Kontakt: DPF e.V. Kölner Straße 355 – 40227 Düsseldorf • Tel. 0211/771610

www.dp-freunde.de • Email: vorstand@dp-freunde.de

Deutsche Bank 24 Langenfeld • IBAN: DE38 3007 0024 0408 1550 00, BIC (SWIFT): DEUTDE33

Was lange währt...



vor gut 5 Jahren reiste eine Baubrigade des REBELL in den Kongo, um dort zusammen mit Kongolesen für das Ngenyi-Zentrum einen Saal zu bauen. Mit Erfolg! Am letzten Tag unseres Aufenthalts dort wurde er zusammen mit dem ganzen Dorf in einem rauschenden Fest eingeweiht. Dann flogen wir quasi direkt aus dem Busch zurück in die Hauptstadt Kinshasa und warteten am Flughafen auf unseren Nachtflug zurück nach Europa. Vergeblich. Es war abends, der Flughafen, der außerhalb der Stadt liegt, war so gut wie leer. Keine Infos für den Weiterflug, nichts. Dann die Nachricht von unserem Reisebüro People-to-People, dass die Air France den Flug wegen Streik gecancelt hatte, mehr Infos hatten sie auch nicht. Und Air France war nicht erreichbar. Zum Glück waren von unserem kongolesischen Partner Ngenyi asbl zwei junge Männer zum Flughafen gekommen um zu schauen, ob auch alles mit unserer Weiterreise klappt. ... Das war unsere „Rettung“. Sie organisierten, dass wir samt Gepäck in die Stadt und in ein Hotel kamen und einen Tag später einen neuen Flug bekamen. Aber Anschlusszüge, Termine usw., die wir in Deutschland hatten, waren erstmal versäumt.

Unser Reisebüro legte bei der Air France Beschwerde ein - über Fairplane, eine empfehlenswerte Firma für Flug-Regresse. Am 2. März war jetzt endlich die Gerichtsverhandlung in Frankreich, die mit einem Vergleich endete: Die Reisenden erhalten zusammen 5.700,- € Entschädigung.



Auch wenn davon Gebühren usw. abgezogen werden, ist das ein Erfolg! Was vor allem auch der Hartnäckigkeit unserer Sachbearbeiterin von People-to-People zu verdanken ist!

Verschiedene Teilnehmer äußerten sich schon, dass das eine Spende für das Ngenyi-Zentrum gibt. ...

Never give up!

Elsbeth, Stuttgart

Erklärung an die Öffentlichkeit

Wir heißen die Menschen aus Idlib willkommen

Aufgrund der durch den Krieg in Idlib verursachten humanitären Krise befindet sich die Zivilbevölkerung in einer sehr schlimmen Situation. Um das Leid der Zivilisten angesichts der stattfindenden Migrationswelle zu lindern, muss eine Zusammenarbeit stattfinden. Es muss gehandelt werden.

Die Autonomieverwaltung von Nord- und Ostsyrien und die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) haben bereits erklärt, ihrer Verantwortung gemäß ihre humanitäre Pflicht gegenüber den Zivilisten aus Idlib zu erfüllen. Auf dieser Grundlage teilen wir den Menschen aus Idlib erneut mit, dass wir sie im Rahmen unserer Möglichkeiten versorgen werden. Wir erklären, dass wir trotz der hohen Anzahl an Migranten in unserer Region unsere Aufgabe erfüllen werden.

Als Autonomieverwaltung sind wir durch die Hunderttausenden Vertriebenen aus den vom türkischen Staat besetzten Gebieten, der Schließung des Grenzübergangs Til Koçer [al-Yaarubiyah an der irakisch-syrischen Grenze] und den geringen Mengen der UN-Hilfslieferungen über Damaskus mit schwerwiegenden Hindernissen konfrontiert.

Wir rufen angesichts der Fluchtbewegung aus Idlib die UN und andere internationale Einrichtungen zur Zusammenarbeit mit der Autonomieverwaltung auf. Sie sollen Lösungsvorschläge machen, wie die aktuell schwierige Situation bewältigt werden kann.

Damit einhergehend sollte der Beschluss zur Schließung des Grenzübergangs Til Koçer für humanitäre Hilfslieferungen erneut überdacht werden. Damit wir die grundlegende Versorgung der Schutzsuchenden gewährleisten können, muss humanitäre Hilfe in Nordostsyrien ankommen Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien Ain Issa

Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien – Ain Issa

02 März 2020

Flüchtlingsdrama an der griechisch-türkischen Grenze: **Die Masken fallen!**



Grauenvolle Bilder von der griechisch-türkischen Grenze gehen um die Welt – Bilder, wie wir sie von Kriegsschauplätzen kennen: Zehntausende Menschen wurden vom faschistischen Diktator Erdogan skrupellos als Manövrierarmee seines Großmachtstrebens missbraucht, mit Bussen zur Grenze gekarrt und teilweise mit massiver Gewalt dort festgehalten. Doch dort werden sie bekämpft wie eine feindliche Invasionsarmee. An Europas Grenze herrscht Krieg, der Krieg einer gut gerüsteten Armee gegen Männer, Frauen, Kinder – die nichts haben als ihre Körper, ihren Mut und ihre Hoffnung auf ein besseres Leben.

Es ist noch nicht lange her, da wollte sich „Frontex“, die europäische Schutztruppe zur Sicherung der „Festung Europa“, noch nicht selbst die Finger schmutzig machen – vielmehr beschränkte sie sich im Mittelmeer darauf, aus der Luft der libyschen Küstenwache die Standorte der Boote der Verzweifelten zu melden, damit andere das Drecksgeschäft für sie übernehmen. Doch das hat

sich drastisch geändert – nun sind es Frontexkräfte selbst, die gemeinsam mit griechischen staatlichen Einsatzkräften direkt gegen die Menschen stehen und sie mit brachialer Gewalt daran hindern, die Grenzen zu überschreiten.

Die politische „Elite“ Europas reiste umgehend nach Griechenland – um Mitsotakis ihrer Kumpanei zu versichern, ihrer „finanziellen und personellen Unterstützung“ bei diesem brutalen Geschäft gegen die Menschlichkeit.

Wie glaubhaft sind angesichts dessen die Betroffenheitskommentare unserer Regierungspolitiker über die rassistischen und faschistischen Gewalttaten der letzten Monate?

Ein Aufschrei geht durch die Zivilgesellschaft: wie ist das zu vereinbaren, mit dem Image, mit dem sich Europa so gerne schmückt – mit den hehren Idealen von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenwürde, Asylrecht zum Schutz Verfolgter? Viele Menschen in Europa fordern eine andere Politik, viele sind aktive Helfer und Freunde geflüchteter Menschen,

fordern von ihren Kommunen die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen. Etliche Kommunen sind dazu bereit, aber die Regierung blockiert aktiv diese Initiativen an der Basis.

Ist Europa, sind die europäischen Regierungen „die Guten“? Sind sie es nicht vielmehr, die aktiv daran beteiligt sind, Fluchtursachen zu schaffen? Die mitschachern bei dem verheerenden Krieg in Syrien durch logistische und diplomatische Unterstützung? In der Hoffnung auf einen Anteil am Kuchen? Die den völkerrechtswidrigen Überfall der Türkei auf Syrien rechtfertigen als „Befriedung“? Eine Million Menschen mehr sind seitdem von dort auf der Flucht vor dem Krieg!

Bei genauem Hinschauen erscheint hinter der Maske von Humanität und Rechtsstaatlichkeit zunehmend die nackte Fratze imperialer Macht, die schon immer bereit war über Leichen zu gehen – gestern wie heute.

Unsere Losung ist eine grundlegend andere: Kampf gegen Fluchtursachen, nicht gegen Flüchtlinge! Keine „Festung Europa“! Für ein Recht auf Flucht! Stopp den Abschiebungen! Solidarität mit den Befreiungskämpfern und -kämpfern in (Nord-)Syrien, Irak, Iran, Afghanistan, in den Ländern Afrikas! Stärkt „Solidarität International“ und den „Freundeskreis Alassa & Friends“! Hoch die internationale Solidarität!



Solidarität International

buero@solidaritaet-international.de – www.solidaritaet-international.de

Freundeskreis Alassa & Friends – freundeskreis-alassa@gmx.de

www.change.org/alassa

Spenden: „Solidarität International e.V.“

IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84, Stichwort: „Alassa“

Freispruch für Mamadou Alpha Balde

Liebe Freundinnen und Freunde,

als Mitglied des Freundeskreis „Alassa and friends“ habe ich am Amtsgericht Stadtroda in Thüringen an zwei Gerichtsverhandlungen teilgenommen (am 20.01. und am 07.02.2020).

Angeklagt war Mamadou Alpha Balde, RefugeeBlackBox Aktivist und Mitglied der Community der Afrikanischen Jugend in Jena. Ihm wurde zur Last gelegt, er hätte am 16.06.2019 gegen 1 Uhr nachts auf dem Johannisplatz in Jena einem Deutschen eine Bierflasche auf den Kopf geschlagen. Der einzige, der das bezeugen konnte war Polizeihauptmeister Rauch.

Mamadou Alpha Balde war in jener Nacht mit drei Freunden in der Stadt Jena unterwegs. Auf dem Johannisplatz wurden sie von einer Gruppe von Deutschen (ca. 15 Personen) laut und aggressiv rassistisch beleidigt und bedroht. Gegen diese Deutschen hat die Polizei aber nicht ermittelt, sondern ein Polizist hat Anzeige gegen Mamadou Alpha Balde erstattet.

Merkwürdig bei der ganzen Geschichte war, dass der angeblich Geschädigte keine Verletzungen durch den Schlag mit der Bierflasche am Kopf hatte und dass er weder zur ersten noch zur zweiten Gerichtsverhandlung erschienen ist. Beim zweiten Verhandlungstermin musste der angeblich Geschädigte von der Polizei zwangsvorgeführt werden.

Er sagte dann aus, dass er sich nicht daran erinnern könnte, was in der Nacht im Juni 2019 passiert sei, weil er so betrunken gewesen sei. Der Staatsanwalt plädierte für Freispruch mit der Begründung „Im Zweifel für den Angeklagten.“ Von einem jugendlichen Prozessbeobachter berechtigt die Frage aufgeworfen, warum nicht gegen den Polizeihauptmeister wegen Falschaussage ermittelt wird.

Über zehn Freunde von Mamdou waren beide Male als Prozessbeobachter gekommen, um Mamadou zu unterstützen. Es ist im Laufe der Verhandlung klar geworden, dass es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um eine rassistisch motivierte Anklage handelte und folgerichtig eigentlich nur ein Freispruch heraus kommen konnte.

Dieser Freispruch konnte aber nur erwirkt werden, weil dieser Fall breit öffentlich bekannt gemacht wurde und Mamadou viel Solidarität erfahren hat. Der Freispruch war ein Sieg der Solidarität.

Ich habe Mamadou Alpha Balde die Dokumentation des Tribunals Angeklagt „Jetzt reden wir“ übergeben und ihm auch mit einer kleinen Karte im Namen des Freundeskreises „Alassa and friends“ zu seinem Freispruch gratuliert. Mit einzelnen jugendlichen Prozessbeobachtern kam ich

ins Gespräch und habe den Freundeskreis „Alassa and friends“ bekannt gemacht und über den illegalen, martialisches Polizeieinsatz in Ellwangen in der Erstaufnahmeeinrichtung informiert. Viele Prozessbeobachter nahmen das 20-Punkte-Arbeitsprogramm, das auf dem 1. Flüchtlingspolitischen Kongresses beschlossen wurde.

Am zweiten Prozesstermin hatte ich zum Kongress des Internationalistischen Bündnisses eingeladen. Eine Freundin von Mamadou Alpha Balde lehnte es ab, die Einladung zu nehmen mit der Begründung „Wir arbeiten nicht mit Antisemiten“ zusammen. Das ist eine völlig aus der Luft gegriffene Diffamierung des Internationalistischen Bündnisses. Denn das internationalistische Bündnis ist antirassistisch und gegen Antisemitismus. In seinen Gründungsdokumenten ist zu lesen „*Sofortiges Verbot aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda. Null Toleranz für Rassismus – ob antisemitischer, islamophober oder anderer Prägung.*“

Herzliche Grüße
Traudel König

Tübingen-Appell:

Holt Bilal Waqas sofort zurück nach Tübingen

Liebe Freunde,

eine weitere empörende Abschiebung passierte im Januar in Tübingen. Ricarda Zelter berichtet: „Mein Ehemann Bilal Waqas wurde in einer nächtlichen Polizeiaktion vom 06. auf den 07. Januar nach Islamabad/Pakistan abgeschoben. Er ist nach seiner Flucht in Tübingen gelandet und lebt seit fünf Jahren in unserer Stadt. In der Nacht vom 06. auf den 07. Januar gegen 22.30 Uhr klingelten Polizeibeamte an unserer Wohnungstür, um ihm mitzuteilen, dass er mit sofortiger Wirkung abgeschoben würde. Die Beamten forderten ihn auf, innerhalb weniger Minuten ein paar persönliche Dinge zu packen und ihnen in ihr Dienstfahrzeug zu folgen. ...“

Absurdistan ist mitten in Deutschland! Lest dazu mehr in der Petition „Tübingen Appel: Holt Bilal Waqas sofort zurück nach Tübingen!“ unter <http://chngr.it/cjyBHGr2Pb> Der Freundeskreis Alassa&Friends unterstützt Ricarda in ihrem Kampf um die Rückkehr ihres Mannes. Wir bitten Euch alle, diese Petition mit Eurer Unterschrift zu unterstützen und Euren Bekannten und Freunden weiter zu empfehlen.

Herzliche Grüße
Christine

Freundeskreis Alassa & friends - openpetition.de/alassa
Spenden über: „Solidarität International e.V.“,
IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84,
Stichwort: „Alassa“

Unterlassungsklage Alassa Mfouapon
gegen Alice Weidel beim Landgericht

Hamburg Prozess erneut vertagt

Am 10. Januar fand beim Landgericht Hamburg im Prozess von Alassa Mfouapon gegen die AfD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Alice Weidel, die zweite Verhandlung statt. Wieder gab es kein Urteil, der Prozess wurde erneut vertagt. In anderer Zusammensetzung und völlig überraschend vertrat die Kammer plötzlich die Ansicht, Alassa Mfouapon müsse erst detailliert darlegen, was er bei der Protestaktion gegen die Abschiebung eines Flüchtlings am 30.04.2018 genau gemacht habe. Darin, dass er diese Protestaktion im Nachhinein verteidigt hat, will das Gericht „hinreichende Anknüpfungspunkte“ dafür erkennen, dass er auch eine führende Rolle dabei gespielt habe. Dass er nach dem Polizeieinsatz vom 03.05.2018 eine Demonstration und Pressekonferenz der Flüchtlinge organisiert habe, sei dafür ein weiteres Indiz. Wenn er nicht präzise darlege, was er an dem fraglichen Tag gemacht habe, dürfe Weidel ihn als „Rädelsführer von Ausschreitungen“ bezeichnen.

Dazu Rechtsanwalt Frank Stierlin:

„Damit wird die gesetzliche Beweislastregel des § 186 StGB auf den Kopf gestellt. Sie besagt, dass derjenige, der eine ehrverletzende Behauptung aufstellt, diese auch beweisen muss. Faktisch soll nun aber unser Mandant beweisen müssen, dass er nicht ‚Rädelsführer‘ der Protestaktion vom 30.04.2018 in der LEA Ellwangen gegen die Abschiebung eines Flüchtlings war. Und dies, obwohl Polizei und Staatsanwaltschaft Ellwangen in einer Pressemitteilung vom 04.01.2019 bereits ausdrücklich bestätigt haben, dass für seine angebliche Rädelsführerschaft keinerlei Hinweise vorliegen. Das Gericht vertritt hier eine mehr als fragwürdige Ansicht, die sich nicht durchsetzen darf, weil sie Hetze und Rufmord in den sozialen Netzwerken noch Vorschub leisten würde. Es gehört zu den Methoden gerade der AfD, fake news über Migranten zu verbreiten, um Hass gegen sie zu schüren.“

Unsere Kanzlei erhielt Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme und wird dazu eingehende Ausführungen machen. Termin zur Verkündung einer Entscheidung bestimmte das Gericht auf den 20. März 2020.



Tausche Rose gegen Spende!

Aus Anlass des Internationalen Frauentags machten wir wieder die bewährte und erfolgreiche Spendenaktion, dieses Mal für Textilarbeiterinnen aus Bangladesch. Zu viert, Coco, Natti, Udo und Willi, standen wir auf dem Milchmarkt und sprachen die Passanten an. Wir hatten 70 schöne Rosen in verschiedenen Farben besorgt und gaben sie gegen Spende ab. Es war ein Riesenerfolg! Viele Münzen, aber auch viele Scheine lagen nach zwei Stunden in den Sammelbüchsen. In zwei Stunden kamen 336 Euro zusammen. Das Geld bekommen sogenannte Organizerinnen, die herumreisen, um in anderen Städten und Betrieben Gewerkschaftsgruppen aufzubauen.

Das Projekt hat die Leute überzeugt, ebenso das Prinzip von SI, dass wir Spenden nur an persönlich bekannte verlässliche Partner oder Organisationen geben, nicht an staatliche Stellen. Ebenso wichtig war das Argument, dass SI solche Projekte unterstützt, wo Leute sich zusammen schließen und sich organisieren, um ihre Lebens- und Arbeitssituation zu verbessern. Und dass die Spenden zu 100% ankommen.

Wenn in den Medien verbreitet wird, dass die Spendenbereitschaft der Deutschen nachgelassen hat, so können wir das nicht nachvollziehen. Möglicherweise ist (zu Recht) das Misstrauen gewachsen, weil Spendenskandale aufgedeckt wurden und ein großer Teil der Spenden wie in Haiti gar nicht zu den Bedürftigen gelangt. Dass deshalb weniger für Brot für die Welt oder Fernseh-Spendengalas gespendet wird, ist verständlich.

Das Schöne ist auch, dass die Blumenhändlerin uns die Rosen geschenkt hat, weil sie die Projekte von SI gut findet, so dass wir keinerlei Ausgaben hatten.

Ein Mann erklärte, er kaufe grundsätzlich keine Schnittblumen – aus den bekannten Gründen. Und einige wollten wissen, woher die Rosen kommen. Ein Versäumnis, dass wir nicht nachgefragt hatten. Das werden wir nachholen für das nächste Mal. Immerhin ist die Rose das Symbol des Internationalen Frauentages.

Willi, OG Schwäbisch Hall

Die Prozessbeobachter konnten sich mit Isaiah E. freuen:

Das Verfahren gegen Isaiah E. wurde eingestellt!

Liebe Freunde,

Was war geschehen? Isaiah – wegen Organisation einer Demonstration für Frauenrechte in Nigeria verfolgt und nach Deutschland geflohen – hatte sich Ende 2018 den Zorn eines gewalttätigen Ehemanns zugezogen, weil er sich schützend vor dessen Frau gestellt hatte, als ihr Mann sie bedrohte. Vor Gericht versuchte jedoch dieser Mann sich als Unschuldslamm und Opfer darzustellen, der von Isaiah grundlos angegriffen worden sei. Dies war für die Staatsanwaltschaft und auch den Richter der ersten Instanz offenbar eine willkommene Steilvorlage, Isaiah – einen der Sprecher der Ellwanger Flüchtlinge bei ihrem Kampf um demokratische Rechte – zu kriminalisieren. Sie verurteilten ihn ohne gründliche Ermittlungen wegen angeblicher Körperverletzung zu 2.800 € Strafe! Doch gegen dieses erstinstanzliche Urteil legte er Berufung ein, die heute in Stuttgart vor dem Landgericht verhandelt wurde.

Gleich zu Beginn wettete die Richterin: Sie verstehe nicht, warum dieser Fall gleich zweimal die Gerichte beschäftigen und dafür „Geld hinausgeblasen“ werden müsse, handle es sich doch um eine persönliche Auseinandersetzung wegen einer Frau – das hätte doch gleich in erster Instanz erkannt und das Verfahren eingestellt werden müssen! Umso unverständlicher, da die Staatsanwaltschaft ja immer klage, sie hätte zu viel zu tun und dann kümmere sie sich um solche Bagatellen.

Über die Motive, an diesem Fall ein „öffentliches Interesse“ zu konstatieren, gaben allerdings die Ausführungen des Staatsanwaltes einigen Aufschluss: Akribisch hatte er alle früheren Versuche aufgelistet, Isaiah zu kriminalisieren. Auch wenn es sich dabei sämtlich um

Vorfälle handelte, in denen Isaiah eben nicht verurteilt wurde, wo er zum Teil sogar selbst Opfer war, zog er daraus den Schluss, dass es sich bei ihm um eine gewalttätige Person handeln müsse, die früher oder später straffällig werden würde – wörtlich: „Dann sitzen wir in einem halben Jahr wieder da!“ Die Absicht war allzu durchsichtig: Ein Exempel sollte statuiert und der Öffentlichkeit das Bild eines gewalttätigen Flüchtlings gezeichnet werden, von dem eine Gefahr ausgehe. Dass dieses Bild so gar nicht zu Isaiah passt, offenbarte sich bei der Vernehmung des betreffenden Ehemannes: der verstrickte sich dermaßen in Widersprüche, dass ihm die Rolle des unschuldigen Opfers niemand mehr abnehmen konnte.

So musste der Staatsanwalt zurückrudern – und das Urteil lautete: Einstellung des Verfahrens, keine Verurteilung, keine weiteren rechtlichen Folgen für Isaiah. Dass er dennoch eine Auflage von 300 € bezahlen und seine Anwaltskosten selber aufbringen muss, ist ein Wermutstropfen, dennoch muss es als großer Erfolg gewertet werden, dass der Versuch der Kriminalisierung eines Flüchtlings der „Ellwanger Schule“ gescheitert ist!

Ein Lichtblick in diesen Tagen, in denen man in Baden-Württemberg von einem regelrechten Abschiebewahn sprechen muss – alle paar Tage starten Flugzeuge aus Baden-Württemberg mit menschlichen Tragödien an Bord: nach Kamerun, nach Nigeria, in Länder, in denen die Lebensverhältnisse für die Menschen alles andere als sicher sind. So wurde am 17.02. ein Kameruner abgeschoben, der nach dem ersten Abschiebeversuch durch Polizeigewalt schwer verletzt und mit einem stumpfen Bauchtrauma ohne ärztliche Versorgung wieder in den Abschiebeknast zurückgebracht worden war, nachdem der Pilot sich

geweigert hatte, den schwer Misshandelnden mitzunehmen. Noch bevor er seine Peiniger anzeigen konnte, wurde er klammheimlich abgeschoben – wo klein Kläger, da kein Richter? Ein Mann soll nach Gambia abgeschoben werden, dessen Frau krank und schwanger, allein mit einem zweijährigen Kind zurückbleibt. Er wurde vor kurzem nach Pforzheim in den Abschiebeknast verbracht.

Wir erleben gegenwärtig zwei Entwicklungen zeitgleich: Zunahme von faschistisch und rassistisch motivierten brutalen Gewalttaten – Halle, Hanau - und gleichzeitig eine weitere Rechtsentwicklung in der Flüchtlingspolitik mit Abschiebeterror und anlasslosen Durchsuchungen in Flüchtlingsunterkünften vor allem in Bayern und Baden-Württemberg. Und es sind die selben Politiker, sie sich in Betroffenheitskommentaren von faschistischen und rassistischen Gewalttaten distanzieren und zugleich dafür verantwortlich sind, dass Menschen mit zum Teil brutaler Gewalt von Familie und Arbeitsplatz weg gerissen, in Abschiebeknäste eingesperrt, von Polizeikontrollen in ihren Wohnunterkünften terrorisiert und der Rechtlosigkeit preisgegeben, in Flugzeuge verfrachtet und abgeschoben werden in eine völlig ungewisse Zukunft. Das ist pure Heuchelei! Wir protestieren gegen diesen Abschiebeterror! Für ein Recht auf Flucht! Bleiberecht auf antifaschistischer Grundlage!

Freundeskreis Alassa & friends - change.org/alassa

Spenden über: „Solidarität International e.V.“, IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84, Stichwort: „Alassa“

(Die Spenden an den Freundeskreis werden auch für Prozesskosten in anderen „Musterprozessen“ eingesetzt, die sich um die demokratischen Rechte von Flüchtlingen handeln.)

Keine „Festung Europa!“

Am Samstag, den 14.3. fanden sich gut 80 Personen für eine Mahnwache in der Ellwanger Fußgängerzone am „Fuchseck“ ein, um auf die unmenschlichen Zustände an der türkisch-griechischen Grenze aufmerksam zu machen – gegen die Flüchtlingspolitik der EU und der Bundesregierung zu demonstrieren.

Wir haben uns mit der Flagge von Solidarität International e.V. (SI) beteiligt. Zirka 50 Flugblätter „Die Masken fallen“ der gemeinsamen Erklärung von SI und dem Freundeskreis Alassa & Friends haben den Besitzer gewechselt. Die Dokumentation über das Tribunal der Flüchtlinge „Jetzt reden wir!“ konnten wir an sieben interessierte Teilnehmer verkaufen. Journalisten der beiden Lokalzeitungen machten kurze Interviews u.a. mit der Vertreterin von SI. Sie forderte einen Stopp von Abschiebungen auf Dauer und forderte angesichts der Zunahme von Rassismus und rechter Hetze in Deutschland dazu auf, sich aktiv gegen Rassismus einzusetzen und die Selbstorganisation der Flüchtlinge mit dem Freundeskreis Alassa & Friends zu unterstützen.

Das breite - v. a. christlich-humanitär - geprägte „Ellwanger Friedensbündnis Mahnwache“ hatte letzte Woche aufgerufen sich am „Fuchseck“ für eine erneute Mahnwache zu treffen, nachdem sich die Situation an der türkisch-griechischen Grenze weiter zugespitzt hat. Die Initiatoren waren selbst erstaunt über die relativ große Resonanz – trotz Corona. Es gab kein „Offenes Mikrofon“, aber jeder der etwas zu sagen hatte, wurde aufgefordert sich laut zu äußern.

Von der Leyen wurde als Präsidentin der EU-Kommission für ihre Haltung zur Abschottung von Europa kritisiert. Die Aussetzung des Asylrechts in Griechenland und die halberzige Zusage für die Einreise von lediglich einigen hundert Jugendlichen und Kindern nach Deutschland empört die Leute hier in der Mahnwache. Auch die reichen Kirchen und der Papst wurden aufgefordert nicht nur mit Worten seine Solidarität

zu äußern, sondern praktisch mit Geld und Vermögen der Kirche und des Vatikans für eine Verbesserung der Lage der Flüchtlinge aktiv zu werden.

Auch wenn wegen dem Coronavirus bundesweit die Abschiebungen nach Italien ausgesetzt sind, droht bei allen Flüchtlingsunterkünften, v.a. bei Flüchtlingen in Italien, die auf der Straße leben, eine verheerende Seuche



engefähr, weil oftmals bereits jetzt die medizinische Versorgung und die Hygiene mangelhaft sind. Dazu kommen der Dauerstress und andere Vorschädigungen der Flüchtlinge.

Mahnwache in Aalen

300 Menschen versammelten sich am Mittwoch, den 26.2., zu einer Mahnwache im Aalener Rathausfoyer und setzen ein Zeichen gegen Rassismus und rechten Terror, so wie in Halle und Hanau geschehen.

Aufgerufen hatten die Mitglieder des Ausschusses für Integration zu diesem Gedenken, das symbolisch „5 vor 12“ stattfand, was leider Arbeiter und Angestellte nahezu von der Teilnahme ausschloss. Vertreter der tamilischen und türkischen Gemeinde, der Ahmadiyya-Gemeinde und Pierre Kedagni aus Togo für die afrikanische Gemeinde sprachen sich deutlich für gelebte Vielfalt, gegen Rassismus und völkisches Denken aus.

Als einziges Plakat war das von Solidarität International (SI) e.V. zu sehen: Gegen Rassismus und rechte Hetze – Für Völkerfreundschaft und internationale Solidarität. Es gab viel Zuspruch und die Erklärung des Internationalistischen Bündnisses zum Anschlag in Hanau wurde gern genommen.

In einzelnen Gesprächen wurde jedoch auch die Unterschätzung der gesamten Rechtsentwicklung deutlich, die Akzeptanz der AfD als im parlamentarischen Rahmen eben vorhanden hinzunehmen und die Anschläge als Einzeltaten psychisch Kranker erklären zu wollen und sich dabei mehr um mit dem Täter als mit den Opfern und ihren Angehörigen zu beschäftigen.

Überwiegend war der Tenor, dass man dem rechten Treiben viel zu lange zugeschaut hätte und geschlossenes Handeln und antifaschistische Aufklärung unter der Jugend dringend notwendig wäre. Die in der Erklärung des internationalistischen Bündnisses aufgestellten Forderungen

- Keinen Fußbreit den Faschisten!
- Verbot aller faschistischen Organisationen, Netzwerke und ihrer Propaganda!
- Schluss mit dem inkonsequenten Vorgehen gegen faschistische Umtriebe!
- Vollständige Aufklärung des NSU-Skandals!
- Abschaffung des Verfassungsschutzes!
- Hoch die internationale Solidarität!

geben dafür eine klare Orientierung und die Möglichkeit, sich dem Bündnis direkt anzuschließen.

Adressen wurden ausgetauscht mit dem Ziel künftig besser und schlagkräftiger zusammenzuarbeiten.

Erklärungen zum faschistischen Anschlag in Hanau

Solidarität
International
Bundesvertretung



Liebe Freundinnen und Freunde,

wir sind entsetzt und bestürzt über den grausamen faschistischen Anschlag in Hanau, der rassistisch und völkisch motiviert ist.

Unsere Gedanken und unsere Anteilnahme sind bei den Hinterbliebenen der Getöteten, den weiteren schwer verletzten Opfern und deren Angehörigen. Den verletzten und verstörten Opfern wünschen wir vollständige Genesung.

Dieser Anschlag ist uns Mahnung und Verpflichtung unsere Arbeit im Sinne der Völkerfreundschaft, gegen Rassismus und Rechtsentwicklung und für die internationale Solidarität weiterzuführen und zu verstärken.

Wir unterstützen als Mitgliedsorganisation des Internationalistischen Bündnisses die Erklärung des geschäftsführenden Ausschusses der zentralen Koordinierungsgruppe (gA zKOG) und die Erklärung der Föderation der Arbeiterinnen aus der Türkei (ATIF) Frankfurt, die diesem Schreiben angefügt sind.

i.A. der Bundesvertretung SI
Renate Radmacher

**KEINEN
FUSSBREIT
DEN
FASCHISTEN !**

Auszug aus der
Erklärung der
Atif -Frankfurt
zum Anschlag
in Hanau:



Wir verurteilen rassistisch motivierten Rechten Terror in Hanau

Dieser rassistisch-faschistisch motivierte Terrorist Tobias R. (43) hat am 19. Februar 2020 in Hanau gegen 22 Uhr, 10 Menschen, unter anderem auch seine eigene Mutter, kaltblütig und brutal ermordet und anschließend Selbstmord begangen.

Er hatte schon länger über Youtube und in seinem Bekenner schreiben „komplette Ausrottung von bestimmten Rassen“ gefordert oder offen fremdenfeindliche Hetze betrieben.

Wir, als Föderation der ArbeiterInnen aus der Türkei (ATIF) Frankfurt verurteilen diesen hasserfüllten Massenmord auf schärfste und sprechen hiermit den Familienmitgliedern und Freunden der Opfer unseren herzlichen Beileid und Mitgefühl aus. Desweiteren wünschen wir den schwer verletzten Menschen eine schnelle Genesung.

Unter den Opfern sind Viele Migranten und Geflüchtete, die hier Schutz vor Krieg, Verfolgung und Armut Schutz gesucht haben. Doch hier in Deutschland oder Hanau-Kesselstadt sind sie schutzlos dem rechten Terror ausgeliefert.

Wir rufen alle internationalen Organisationen und Einzelpersonen dazu auf, offen und couragiert gegen den rechten Terror politisch als auch praktisch Stellung zu beziehen. Denn dieser rechter, faschistoide Terror paktiert im Dunklen mit vielen sogenannten Verfassungsschützern, Polizisten, Juristen, Politikern und Medienvertretern, die ähnliche faschistoide Gesinnung verfolgen und solche Mörder ermutigen.

Ohne diesen ideellen Brandstifter, wie Björn Höcke in der AFD oder andere Hetzer und Hassprediger in vielen Institutionen, politischen Organisationen oder Parteien, könnten diese Mörder nennenswert keine Erfolge erzielen. Deshalb ist es von großer Bedeutung diesen rassistischen Pakt mit allen seiner Facetten nachhaltig und gemeinsam zu bekämpfen, als nur den Einzeltäter zu bestrafen.

ATIF-Frankfurt
20.02.2020 Frankfurt am Main



Internationalistisches Bündnis

www.inter-buendnis.de

Erklärung des geschäftsführenden Ausschusses der zentralen Koordinierungsgruppe (gA zKOG)

Gelsenkirchen, den 11.02.19

Trauer und Entsetzen über faschistischen Anschlag in Hanau: Für das Verbot aller faschistischen Organisationen, Strukturen und ihrer Propaganda!

Das Internationalistische Bündnis (InterBündnis) verurteilt den faschistischen Anschlag in Hanau und trauert um die neun Männer und Jugendlichen sowie eine schwangere Frau, die gestern am späten Abend ermordet wurden.

Unser tiefes Mitgefühl gilt ihren Familien und Freunden. Der Anschlag richtete sich gezielt gegen Migranten – es sind v.a. (oder ausschließlich) türkische und kurdische Männer und Jugendliche. Dieser Anschlag ist kein Produkt eines irren Einzeltäters, sondern der bisher größte Anschlag einer begonnenen neofaschistischen Terrorwelle, zu der unter anderem auch der Anschlag auf die Synagoge in Halle und der Mord an Walter Lübcke zählen. Wer nun reflexiv von einem verwirrten Einzeltäter spricht, der verharmlost bewusst die mörderische Ideologie des Faschismus und schützt seine Netzwerke.

Das unterstreicht: der Aufbau einer antifaschistischen Einheitsfront aller demokratischen, fortschrittlichen und revolutionären Kräfte ist nicht nur richtig, er ist nötig. Wir fordern die sofortige und vollständige Aufklärung des faschistischen Anschlags, seiner eventuellen Hintermänner und Versäumnisse durch staatliche Stellen bei der Terrorismusprävention, mit der schließlich die flächendeckende Überwachung der Bevölkerung durch die neuen Polizeigesetze gerechtfertigt wurde!

Wir sagen:

Keinen Fußbreit den Faschisten! Verbot aller faschistischen Organisationen, Netzwerke und ihrer Propaganda! Schluss mit dem inkonsequenten Vorgehen gegen faschistische Umtriebe! Vollständige Aufklärung des NSU-Skandals! Abschaffung des Verfassungsschutzes! Hoch die internationale Solidarität!

Kontakt: info@inter-buendnis.de

Mehr lesen: auf der homepage von SI:
www.solidaritaet.international.de

Dunja Hayali in Erlangen

Am Aschermittwoch kam die bekannte ZDF- Moderatorin und Journalistin ins E Werk nach Erlangen, um aus ihrem Buch ‚Haymatland‘ zu lesen.

Der Saal war mit ca. 700 Interessierten Besuchern brechend voll. Ihr Motto ist ‚Gesicht zeigen‘, und zwar Gesicht gegen Rassismus Minderheiten und gegen Ultra-rechte und Faschisten.

Sie bekommt deswegen von dieser Seite ständig Beleidigungen und Bedrohungen bis zur Morddrohung und erhält deswegen auch Personenschutz. Sie berichtete, dass sie in dem thüringischen Städtchen Themar war als Journalistin. Dort werden viele Neo-Nazi-Konzerte abgehalten. Sie erlebte, dass offen der Holocaust geleugnet wird, ein Schnitzel für 8.88 € (die 8 steht für das H im Alphabet) verkauft wird.

Bei der Fragerunde meldete ich mich und sagte, dass ich auch mit Freunden in Themar war um gegen so ein Konzert zu protestieren. Nicht die Bevölkerung steht hinter den Faschisten. Vielmehr vermietet ein Autohaus- und Tankstellenbesitzer seine Wiese für 5.000 € an die ultra-rechten Organisatoren.

Ich forderte das Verbot solcher Konzerte, wenn dort Hakenkreuze gezeigt, Sieg Heil gerufen und der Holocaust geleugnet wird. Den Begriff Bio Deutscher bezeichnete sie als absurden Begriff. Höcke ist für sie ein Rassist.

Herzensbildung ist ihr wichtig, sie forderte dazu auf, mehr miteinander ins Gespräch zu kommen und freundlich zu sein, z. B. an der Supermarktkasse die KassiererIn zu grüßen und ein paar freundliche Worte zu wechseln.

Bei der Signierung ihres Buches stellte ich mich an und übergab ihr den Aufkleber und Anstecker von SI, sowie einige Flyer von SI, zum Beispiel ‚Wer ist SI?‘. Wofür sie sich herzlich bedankte.

Winfried/Erlangen

...und noch einige Termine

BV-Sitzungen:

11./12.07.20 voraussichtlich in Tübingen

07./08.11.20 in Kassel

23./24.01.21 in Duisburg

Regionaltreffen: 26./27.09.20

weitere Termine:

21.05. - 23.05.20 Rebellisches Musikfestival

24.05.20

Fortsetzung der 11. BDV

zur Beschlussfassung des

SI-Programms in Gelsenkirchen

Sprachenausbildung : wird noch bekannt gegeben

Eberhard von Solidarität International/Ortsgruppe Stuttgart

Solidaritätsbrief an ein Mitglied

der OG Stuttgart von Solidarität International

Liebe Freundin,

verspätet habe ich von dem ungeheuerlichen Vorfall, der sich auf einer FFF-Demo in Stuttgart Heslach Ende des Jahres 2019 ereignete, gehört. Ein jugendlicher Demoteilnehmer diffamierte dich im Vorübergehen als „MLPD-Sau!“

Selbst wenn du mutmaßlich ein Mitglied der MLPD wärst, ist das voll unter der Gürtellinie! Bisher ist mir so eine Hetze nicht mal von Seiten des Geheimdienstes „Verfassungsschutz“ bekannt. Offensichtlich genügt schon eine mutmaßliche oder tatsächliche Zusammenarbeit mit der MLPD, um dich mit dem mittelalterlichen Bannfluch der „Unvereinbarkeit“ aus der Zeit der Hexenverfolgung zu belegen.

Auch zur Zeit des Kampfes gegen die rassistische Apartheidspolitik in Südafrika wurden alle Kritiker als „Kommunisten“ verunglimpft und verfolgt und schon im Kommunistischen Manifest von 1848 geht das „Gespenst des Kommunismus in Europa“ um. Die EU setzt mit einer

Erklärung vom 19. September 2019 den Faschismus mit dem Kommunismus gleich. „Dieser Antikommunismus brachte mich im Hitler-Faschismus ins KZ!“, sagte Esther Bejarano in einer Grußbotschaft an die antifaschistische Demo in Erfurt am 15.2.2020.

Dabei ist doch die Lehre aus dem Kampf gegen den Faschismus bekannt: „Als sie die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen. ... und als sie mich holten, war keiner mehr da zu protestieren!“ (Zitat von Pastor Martin Niemöller, U-Boot Kommandant im I. Weltkrieg).

Ich und weitere Freunde von Solidarität International verurteilen diesen Angriff entschieden und stehen in unverbrüchlicher Solidarität getreu unserem Logo mit den fünf Händen auf deiner Seite, Schulter an Schulter, Hand in Hand – Null Toleranz gegen Ausgrenzung!

Hoch die Internationale Solidarität, „die Zärtlichkeit der Völker!“

Ich werde Mitglied in SI:

Name: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____

Mein Mitgliedsbeitrag in Höhe von _____ €
(mindestens 1,50 €/Monat)

wird bezahlt per

Abbuchung
 jährlich anders: _____

Konto-Nummer / IBAN _____

Bankinstitut / BIC _____

Dauerauftrag ab dem _____
auf das Beitragskonto von SI

IBAN: DE11 5019 0000 6100 8005 76

BIC: FFBDEFF, Frankfurter Volksbank

soll bar kassiert werden

Bitte in einem Briefumschlag senden an:

Solidarität International (SI) e.V.
Grabenstraße 89 · 47057 Duisburg

www.solidaritaet-international.de

Postleitzahl, Ort: _____

Telefonnummer: _____

Datenschutzhinweis:

Ihre personenbezogenen Daten werden von Solidarität International e.V. gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zur Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt.

Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich an besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht.

Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter
<https://solidaritaet-international.de>

Ich habe die Datenschutzhinweise zur Kenntnis genommen.

Ich stimme der Veröffentlichung von Fotos für die Vereinsarbeit in den von uns verwendeten Medien zu.

Datum, Unterschrift

Bericht über die Spendeneingänge bis zum 03.03.2020

Spenden Rojava:

Rojava - Medizin (seit 1/2015):

EINGANG:	201.910,89 €
Übergeben:	201.790,89 €
Noch zur Übergabe:	120,00 €
Eingang 2020:	2.493,14 €

Kobané Ökologischer Wiederaufbau (seit 9/2015)

EINGANG:	146.745,67 €
übergeben:	143.224,71 €
noch zur Übergabe:	3.520,96 €
Eingang 2020:	300,00 €

Insgesamt Rojava:

EINGANG:	615.221,97 €
Übergeben:	611.581,01 €
noch zur Übergabe:	3.640,96 €
(inkl. der geschlossenen Stichwörter Film Kobanê, Wiederaufbau, Brigaden, Rojava, Kobanê Hand in Hand, Kobanê, Soli Ruhr, Efrin, Gesundheitszentrum)	

weitere Spendenziele:

Anreise ICOR

EINGANG:	193.045,40 €
Übergeben:	81.991,90 €
Noch zur Übergabe:	110.053,50 €
Eingang 2020:	2.843,00 €

Hilfsfonds demokratische Rechte

Arbeiterkämpfe

EINGANG:	8.848,63 €
Übergeben:	3.500,00 €
noch zur Übergabe:	5.348,63 €
Eingang 2020:	0,00 €

Dem. Rechte Flüchtlinge Alassa

(seit 05/2018)

EINGANG:	16.691,05 €
übergeben:	14.266,40 €
noch zur Übergabe:	2.424,65 €
Eingang 2020:	393,74 €

Elfenbeinküste/Maniokprojekt

(seit 06/2019)

Eingang:	1.622,00 €
Übergeben:	1.160,00 €
Noch zur Übergabe:	462,00 €
Eingang 2020:	460,00 €

Reha Zentrum Jenin (seit 2006)

Eingang:	6.999,05 €
Übergeben:	5.936,47 €
noch zu übergeben:	1.062,58 €
Eingang 2020:	100,00 €

Das Haus der Solidarität

(seit 8/2015):

EINGANG:	110.476,40 €
Übergeben:	106.777,42 €
Noch zur Übergabe:	3.698,98 €
Eingang 2020:	172,00 €

Ngenyi / Kongo

EINGANG:	80.252,83 €
Übergeben:	79.907,94 €
noch zur Übergabe:	344,88 €
Eingang 2020:	205,59 €

Gewerkschafterinnen Textil Bangladesch

Bangladesch (seit 11/2017)

EINGANG:	6.347,07 €
Übergeben:	4.920,00 €
noch zur Übergabe:	1.427,07 €
Eingang 2020:	60,00 €

Registrierung CPL

EINGANG:	4.160,80 €
Übergeben:	3.3925,00 €
Noch zur Übergabe:	235,80 €
Eingang 2020:	166,00 €

Hilfsfonds dem. Rechte Asyl

EINGANG:	7.143,76 €
Übergeben:	6.875,41 €
noch zur Übergabe:	268,35 €
Eingang: 2020:	0,00 €

Canto Vivo/Planta Monte

Eingang:	6.319,44 €
Übergeben:	3.899,13 €
Noch zur Übergabe:	2.420,31 €
Eingang 2020:	1.490,00 €

Die Spenden werden immer direkt an unsere Partner zu 100 % weitergeleitet.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Spenderinnen und Spendern für Euer Vertrauen und Euren Einsatz. Ganz besonders bedanken möchten wir uns für die sehr großzügige Spende aus den Niederlanden für ICOR.

Auf Grund der zurückliegenden Erfahrung bitte unbedingt beachten: Für die Ausstellung der Spendenbescheinigungen benötigen wir Eure vollständige Adresse (falls uns schon nicht bekannt). Die Bescheinigungen werden immer im Januar / Februar des Folgejahres an alle verschickt. - Eure SI-Kasse

Eure SI-Kasse

Büro:

Grabenstr. 89, 47057 Duisburg
Tel. 0203/6045790 Fax 0203/6045791
buero@solidaritaet-international.de
Bürozeit: Mittwoch 13.00 – 17.00 Uhr

Sprecher/innen der SI-Bundesvertretung:

Ute Kellert, Am Torhaus 25,
D-66113 Saarbrücken, Tel. 0170-5613977
E-Mail: ute.kellert@arcor.de

Renate Radmacher, Eifelstraße 22,
D-73433 Aalen, Tel. 073 61/72 52 2
E-Mail: renate.radmacher@online.de

Susanne Bender, Hasenbergsteige 5,
D-70178 Stuttgart, Tel. 0711/6152324
E-Mail: susanne.bender@gmx.de

Bundesweite und örtliche Kontaktadressen:

Aalen/Heidenheim: Christa Fragner-Schneider,
Falkensteinerstraße 16, 89547 Dettingen,
E-Mail: christafragnerschneider@web.de

Aschaffenburg: Alexander Schmidt,
Hohenzollernring 2b, D-63739 Aschaffenburg,
Tel. 06021/200 734, E-Mail: alex40schmidt@aol.de

Berlin: Martina Wikowski, Rolf-Andreas Trendelenburg
Finchleyst. 2, 12305 Berlin,
E-Mail: Martina.Wikowski@gmx.de

Bochum: Helga Böttigheimer,
Telemannstr. 13, 44869 Bochum,
E-Mail: c-boettigheimer@t-online.de

Braunschweig: Bea Cockburn-Waßmann,
Geysostraße 14, 38106 Braunschweig,
Tel.: 0531/38933771, E-Mail: batraccio_pe@yahoo.com

Darmstadt: Ulrich Klingemeier,
Gagernstraße 3, 64283 Darmstadt, Tel.: 06151/1364442

Dortmund: Franz Stockert,
Oesterholzstr. 26, 44145 Dortmund,
Tel.: 0231/83 73 83, E-Mail: frastock@arcor.de

Düsseldorf: Irmela Specht,
Zonser Straße 19, 40223 Düsseldorf,
Tel.: 0211/151695
E-Mail: Irmela@specht-online.com

Duisburg: SI-Zentrum Duisburg,
Flurstraße 31, 47057 Duisburg,
E-Mail: solidaritaet-international-Duisburg@web.de
Bürozeiten: Fr. 18.00 – 20.00 Uhr

Erlangen: Winfried Fleischmann,
91052 Erlangen, Tel.: 09131/16559
E-Mail: winfredo2000@gmx.de

Esslingen: Werner Jauernig,
Turmstraße 2, 73728 Esslingen, Tel.: 0711-350293
E-Mail: d.jauernig@t-online.de

Franken: Larry Zweig,
Theaterstraße 36, 90762 Fürth.
E-Mail: larryzweig@yahoo.com

Frankfurt/Main: Martin Semle,
Leibnizstr. 36, 60316 Frankfurt, Tel.: 0171/4153281
E-Mail: m.semle@t-online.de

Konten:

Alle Konten bei:
Frankfurter Volksbank, BLZ 501 900 00

Spendenkonto:
(unter Verwendung eines entsprechenden Stichwortes)
IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84 BIC: FFVBDEFF

Beitragskonto:
IBAN: DE11 5019 0000 6100 8005 76 BIC: FFVBDEFF



Gelsenkirchen: Marlies Schumann,
Hauptstraße 40, 45879 Gelsenkirchen, Tel.: 0209/202451,
E-Mail: marlies.schumann@gmx.de

Göppingen: Michael Wist,
Hauffstr. 22, 73084 Salach, Tel.: 07162/9472984
E-Mail: m.wist@z.zgs.de

Hamburg: Christian Kölle,
Gerichtsstraße 40, 22765 Hamburg, Tel.: 040/3800936
E-Mail: solinhh@yahoo.com

Hannover: Anke Nierstenhöfer,
Kansteinweg 12, 30419 Hannover,
E-Mail: hannover@solidaritaet-international.de

Heidelberg: Udo Merzinsky,
Mannheimer Straße 203a, 69123 Heidelberg, Tel.: 06221/833506

Heilbronn: Dieter Schweizer,
Heidelbergerstr. 59, 74080 Heilbronn-Böckingen,
Tel.: 07131/254983, E-Mail: artolu@web.de

Kassel: Hans Roth,
Maybachstraße 1, 34127 Kassel, Tel.: 0152 272 818 73

Meinerzhagen: Albert Schmit,
Heidewinkel 6, 58540 Meinerzhagen, Tel.: 02358/790072

München: Torsten Zein,
Am Eisenbrunnen 5, 89547 Dettingen,
Tel.: 0176/40185629, E-Mail: tozein@gmx.de

Nürtingen/Kirchheim-Teck: Dieter Rupp,
Panoramaweg 54, 72660 Beuren

Oberhausen/Mülheim: Ingeborg Kasprk,
Lohhecke 3, 46047 Oberhausen, Tel.: 0208/646928
E-Mail: IKasprk@t-online.de

Oldenburg: Clemens Sauerland,
Lindenstr. 9A, 26180 Rastede, Tel.: 04402/9826-60, Fax: -80
E-Mail: clemens.sauerland@ewetel.net

Osnabrück: Juergen Schoeler,
Wesereschstrasse 16, 49084 Osnabrück

Rüsselsheim: Wolfgang Almeroth,
Eichengrund 16, 65428 Rüsselsheim, Tel.: 06142/2205829
E-Mail: w.almeroth@mail.de

Saar, Moselle: Helmuth Bohn – Klein,
Hermannstr.55, 66538 Neunkirchen
helmut.bohn-klein@t-online.de

Schleswig-Holstein: W. Laub,
Tel.: 03221/2324137, si-sh@arcor.de

Schwäbisch Hall: Lilo Röser,
Bahnhofstraße 15, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0791/8 46 14

Stuttgart: Dorothea Hofmann,
Liststr. 61, 70180 Stuttgart, Tel.: 0711/640 4873
E-Mail: dorothea.hofmann@t-online.de

Tübingen: Ferit Atan,
Eugenstraße 7, 72072 Tübingen

Ulm: Axel Korn,
Ochsensteige 12/4, 89075 Ulm

Varel: André Jäger,
Jahnstraße 14, 26316 Varel, Tel.: 0176/83018817

Villingen-Schwenningen: Helmut Kruse-Günter,
Langstr. 4, 78050 Villingen – Schwenningen, Tel. 07721/2068930

Impressum:

Herausgegeben im Auftrag der Bundesvertretung von
Solidarität International (SI) e.V.

Verantwortlicher der Redaktion:

Axel Kassubek, Umlandstr. 16, 34119 Kassel, Tel.: 0561/312409,
E-Mail: kassu@t-online.de

Zschriften - bitte per E-Mail in pdf oder rft-Format - an:
waltraut.bleher@t-online.de

Vertrieb/Bestellungen:

Geschäftsstelle Solidarität International e.V., Grabenstr. 89,
47057 Duisburg, Tel.: 0203/6045790, Fax: 0203/6045791

Auflage: 1400 Stück

Layout: Verena Schulz

Druck: Druckerei Neuer Weg GmbH,
Alter Bottroper Str. 42, 45356 Essen

Spendenpreis: € 1

Für SI Mitglieder ist der Bezug des Newsletter im Mitgliedsbeitrag enthalten.